

Perspektiven Integration

ZUM THEMA

Politischer Islam

IM GESPRÄCH MIT KÖKSAL BALTACI

Lorenzo Vidino

Ebrahim Afsah

Susanne Schröter

Heiko Heinisch

Bassam Tibi

Katherine Brown

Ahmad Mansour

PERSPEKTIVEN

02 2020

Inhalt

VORWORT

Franz Wolf 03

IM GESPRÄCH

Lorenzo Vidino 04

Ebrahim Afsah 10

Susanne Schröter 20

Heiko Heinisch 28

Bassam Tibi 34

Katherine Brown 40

Ahmad Mansour 44



Franz Wolf

Direktor

Vorwort

Seit Jahren wird das Phänomen des politischen Islam sowie dessen Inhalte und Erkennungsmerkmale kontroversiell diskutiert.

Die *Dokumentationsstelle Politischer Islam* definiert ihn als „Herrschaftsideologie, die die Umgestaltung beziehungsweise Beeinflussung von Gesellschaft, Staat und Politik zum Ziel hat durch Akteure, deren Werte von ihnen selbst als islamisch bezeichnet werden und im Widerspruch stehen zu demokratischen Grundfesten, zur Verfassung und zu den Menschenrechten.“ Der politische Islam darf aber nicht mit gesellschaftlichem Engagement oder politischer Partizipation von Muslim/innen verwechselt werden. So ist der persönliche Einsatz für Frauenrechte oder die Solidarität mit Benachteiligten unabhängig von der Religionszugehörigkeit zu begrüßen.

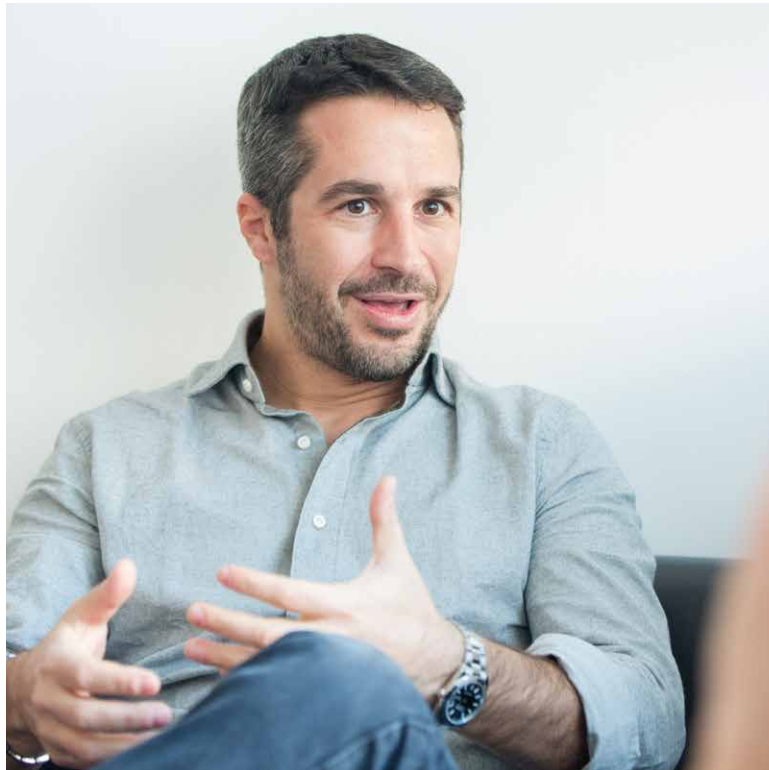
Der Ideologie des politischen Islam liegt ein Weltbild zugrunde, in dem islamische Regeln über dem Rechtsstaat stehen. Sie fördert ein Wir-gegen-Sie-Denken, welches Gläubige und Ungläubige trennt. Ein solches Weltbild gefährdet die Grundwerte der Demokratie und des liberalen Rechtsstaats und läuft damit auch den Zielen der Integrationsarbeit in Österreich zuwider.

Es ist daher notwendig, auch Flüchtlingen und Zuwander/innen Aspekte des Zusammenlebens in Österreich wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Trennung von Religion und Staat sowie Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu vermitteln, wie dies beispielsweise auch im Rahmen der gesetzlich festgeschriebenen Werte- und Orientierungskurse geschieht.

Wachsamkeit, Aufklärungsarbeit, aber auch Sachlichkeit und Besonnenheit sind geboten, um den Einfluss des politischen Islam in Österreich zu verhindern – im Interesse einer offenen und toleranten Gesellschaft.

Im Gespräch

Lorenzo Vidino



Laut Lorenzo Vidino ist der politische Islam eine Ideologie, in der der Islam Teil aller Aspekte des privaten und öffentlichen Lebens ist, es gibt keine Trennung von Religion und Staat. Der politische Islam will aktiv eine politische Ordnung etablieren, die auf einer sehr konservativen Interpretation des Islam beruht. In Ländern mit muslimischer Mehrheit streben Islamisten ein Regime an, das das islamische Recht entsprechend ihrer eigenen Interpretation durchsetzt.

„Der politische Islam verändert sich ständig, diese Flexibilität ist eines seiner Hauptmerkmale.“

Wie definieren Sie politischen Islam?

Dieser Begriff ist äußerst umstritten, es gibt bisher keine allgemein akzeptierte Definition. Jedenfalls ist der politische Islam eine Ideologie, in der der Islam Teil aller Aspekte des privaten und öffentlichen Lebens ist, es gibt keine Trennung von Religion und Staat. Der politische Islam will aktiv eine politische Ordnung etablieren, die auf einer sehr konservativen Interpretation des Islam beruht. In Ländern mit muslimischer Mehrheit streben Islamisten ein Regime an, das das islamische Recht entsprechend ihrer eigenen Interpretation durchsetzt.

Und in westlichen Ländern?

Im Westen, wo Muslime eine Minderheit sind, streben politische Islamisten pragmatisch nach etwas Kleinerem und Realistischerem: und zwar danach, lokale muslimische Communitys dazu zu bringen, ihre konservative politische bzw. religiöse Weltanschauung zu akzeptieren und sich als separate Gemeinschaft zu verstehen; aus Sicht der staatlichen Einrichtungen zu Vertretern der muslimischen Communitys zu werden und zu versuchen, so viele islamische Räume wie etwa islamische Schulen, Scharia-Schiedsgerichte etc. zu erhalten, wie es das dortige System zulässt.

Wie genau macht sich der politische Islam insbesondere in Europa und Österreich bemerkbar?

In Österreich und in Europa im Allgemeinen machen aktive politische Islamisten nur eine winzige, statistisch fast unbedeutende Minderheit aus. Jedoch sind sie sehr gut organisiert, gut ausgebildet und wissen im Allgemeinen genau, wie ihr soziales und politisches Umfeld funktioniert. Dank Spenden aus dem Ausland sowie durch ihre eigenen finanziellen Aktivitäten, Spenden von lokalen Muslimen und immer häufiger auch durch Spenden an sie von europäischen Regierungen und Institutionen sind sie finanziell gut aufgestellt. Und sie sind getrieben von diesem Gefühl, eine Mission zu haben. Durch all diese Funktionen übersteigt ihr Einfluss ihre zahlenmäßige Repräsentanz bei Weitem – sowohl innerhalb der lokalen muslimischen Communitys als auch im Umgang mit europäischen Einrichtungen wie Regierungen, den lokalen Behörden, Medien sowie der Zivilgesellschaft. Damit übertreffen sie andere nicht islamistische Gruppen in ihrem Einfluss bei Weitem.

Hat sich das Gesicht des politischen Islam in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verändert?

Der politische Islam verändert sich ständig, diese Flexibilität ist eines seiner Hauptmerkmale. Jede Strömung, auf die die umfassendere Definition des politischen Islam zutrifft, hat ihre eigene Entwicklung und ändert sich im Prinzip von Land zu Land unterschiedlich. Dennoch lassen sich in den letzten Jahren bestimmte Trends feststellen, die all diesen Strömungen gemein sind: Im Vergleich zu früheren Jahren wird ein sehr ausgeprägter demografischer Wandel deutlich. Islamistische Organisationen werden jetzt überwiegend von jüngeren, bereits in Europa geborenen Aktivisten geführt. Nun kann das auf unterschiedliche Art und Weise interpretiert werden: Die optimistischere Sichtweise ist, dass dies einen „mäßigen“ Einfluss auf ihre Ansichten haben wird, verglichen mit der „alten Garde“, die im Nahen Osten sozialisiert worden ist. Auf der anderen Seite kann das natürlich auch eine Gefahr sein, denn diese jungen Menschen kennen das System, in dem sie aufgewachsen sind, natürlich gut und können es so besser infiltrieren. Ein zweiter und damit eng verknüpfter Trend ist die Entwicklung eines, wie ich ihn bezeichne, „aufgeklärten Islamismus“. Also ein politischer Sprach- und Aktivismus-Stil aus einer oft ziemlich seltsamen, aber durchaus mächtigen Mischung aus traditionellen islamistischen Konzepten und aufgeklärten Ideen und Taktiken. Hier kann man sogar eine Allianz zwischen Islamisten und bestimmten Teilen der Linken ausmachen. Es ist aber auch eine Abkehr vom klassischen Islamismus, die viele „traditionelle“ Islamisten beunruhigt. Für einen in der arabischen Welt sozialisierten islamistischen Aktivisten ist es nicht leicht, gemeinsam mit beispielsweise LGBT-Gruppen im Namen der Intersektionalität gleichzeitig sowohl Islamophobie als auch Homophobie zu bekämpfen.

„In Österreich und in Europa im Allgemeinen machen aktive politische Islamisten nur eine winzige, statistisch fast unbedeutende Minderheit aus. Jedoch sind sie sehr gut organisiert, gut ausgebildet und wissen im Allgemeinen genau, wie ihr soziales und politisches Umfeld funktioniert.“

Gibt es in Europa und Österreich Organisationen und Verbände, die Sie dem politischen Islam zuordnen würden?

Die wesentlichste politisch-islamistische Bewegung in Europa ist die Muslimbruderschaft. Interessanterweise identifizieren sie sich selbst nicht öffentlich als „Brüder“, aber in jedem Land gibt es eine Kerngruppe der Muslimbruderschaft, die hinter einem Netz von Organisationen steht, die auf verschiedenen Ebenen wie Politik, Bildung, Gottesdienste, Medien etc. tätig sind. Das sind allerdings selten mehr als ein paar hundert Personen. In Österreich ist das etwa das Umfeld des Liga Kultur Vereins und der zahlreichen Gruppierungen, die sich um ihn drehen. Dieses Netzwerk ist aufgrund seiner ausgeklügelten Organisation und seiner umfangreichen Ressourcen in Österreich vor Ort sehr effektiv und gut mit den Netzwerken der Bruderschaft im restlichen Europa sowie in der arabischen Welt verbunden. Zum politischen Islam gehören aber in jedem Fall auch die Zwillingsbewegungen der Muslimbruderschaft in Südasien, also Jamaat-e-Islami, und der Türkei, also Millî Görüş und ganz allgemein der türkische Islamismus, der von Necmettin Erbakan geschaffen wurde und heute von Erdoğan geführt wird, die politischeren Teile der salafistischen Bewegung, Hizb ut-Tahrir und viele andere. Es ist eine komplexe Struktur, die sich ständig verändert.

Die Türkei haben Sie schon erwähnt. Welche Rolle spielen beim politischen Islam in Europa und Österreich andere Länder wie Ägypten und Saudi-Arabien?

Ab den 1960er-Jahren haben arabische Golfstaaten, vor allem Saudi-Arabien, Millionen eingesetzt, um islamistische Aktivitäten in Europa zu finanzieren: vom Bau von Moscheen über die Finanzierung von Organisationen bis hin zu Stipendien für Aktivisten. In den vergangenen zehn Jahren hat Saudi-Arabien seinen Kurs dramatisch geändert, hauptsächlich als Nebenprodukt der geopolitischen Turbulenzen des Arabischen Frühlings: Während immer noch salafistische Netzwerke unterstützt werden, finanziert Saudi-Arabien die Muslimbruderschaft nicht mehr – im Gegenteil: Es gibt eine starke Achse zwischen Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten, die die Bruderschaft als terroristische Organisation ausgewiesen haben und Druck auf Europa ausüben, diesem Beispiel zu folgen. Dieser Achse diametral gegenüber steht die katarisch-türkische Achse: Sie ist es, die derzeit die Netzwerke der Bruderschaft in ganz Europa finanziell und politisch stark fördert.

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre in Europa?

Der politische Islam ist heute eigentlich ein inländisches, ein europäisches Phänomen. Und es sind nicht die kürzlich angekommenen Flüchtlinge, die den Islamismus nach Europa gebracht haben, auch wenn einige von ihnen islamistische Einstellungen haben mögen. Vielmehr finden sie in Europa bereits ein gut organisiertes islamistisches Netzwerk vor, das oftmals sogar aktiver ist als in jenen Ländern mit muslimischer Mehrheit, die sie verlassen haben. Geschichten von Flüchtlingen aus Syrien, die geradezu schockiert darüber sind, dass islamistische Prediger, Moscheen und Literatur in Europa weiter verbreitet sind als in Syrien, sind keine Seltenheit. Und natürlich haben diverse islamistische Gruppen diese Neuankömmlinge als perfektes Publikum für ihre Botschaften entdeckt. Kluge islamistische Gruppierungen erhalten von einer europä-

„Islamistische Organisationen werden jetzt überwiegend von jüngeren, bereits in Europa geborenen Aktivisten geführt.“

„Islamisten instrumentalisieren jedoch das Kopftuch, indem sie innerhalb der muslimischen Community die Botschaft verbreiten, dass nur verschleierte Frauen echte Muslimas sind.“

ischen Regierung Mittel zur Integration muslimischer Flüchtlinge und verwenden genau diese Mittel dann zur Indoktrinierung.

Wie begegnet man politischem Islam am besten? Als Regierung, Gesellschaft und Medien? Und vor allem in den Schulen?

Es gibt keine einfache Antwort auf diese Frage und auch nicht den einen richtigen Ansatz. Der politische Islam ist eine Herausforderung für die europäische Gesellschaft, er agiert jedoch größtenteils mit legalen Mitteln und überwiegend innerhalb der Grenzen des Legalen. Das macht es für eine liberale Demokratie sehr schwer, ihn zu bekämp-

fen, ohne dabei ihre Grundprinzipien aufzugeben – etwas, das ich auch nicht fordere. Gesetzliche Toleranz bedeutet aber nicht auch gleichzeitig zivilgesellschaftliche Toleranz.

Das bedeutet, ...

... dass Regierungsvertreter und die Gesellschaft im Allgemeinen bestimmte Ansichten und Verhaltensweisen islamistischer Akteure genauso verurteilen sollten, wie sie es tun würden, wenn sie von anderen politischen oder religiösen Gruppen stammten. Nur wenige würden beispielsweise eine christliche Strömung tolerieren, die lehrt, dass Homosexuelle getötet werden sollten oder dass ihre Gläubigen sich nicht mit Nichtchristen anfreunden sollten, weil diese „unrein“ seien. Diese Art von Verhalten wird jedoch oft toleriert, wenn es von islamistischen Akteuren kommt. Und manchmal werden genau diese Gruppierungen dann auch von der Regierung finanziert. Es hat nichts mit Toleranz zu tun, wenn man andere Standards für Muslime setzt, wenn die Messlatte für Muslime niedriger liegt, sondern das ist vielmehr eine echte Form des Rassismus der niedrigen Erwartungen.

Die österreichische Regierung plant eine Dokumentationsstelle zum politischen Islam. Wie muss eine solche Einrichtung arbeiten und was erwarten bzw. erhoffen Sie sich davon?

Das überlasse ich der österreichischen Politik, die sich bereits seit Jahren damit befasst. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass so eine Einrichtung absolut notwendig ist, um die Aktivitäten islamistischer Akteure und ihre Auswirkungen auf die österreichische Gesellschaft auf wissenschaftlich fundierte und unparteiische Weise zu untersuchen. Darüber diskutieren verschiedene europäische Regierungen bereits, und Österreich ist in diesem Sinne führend. Es ist eine komplexe und oft verwirrende Welt, ein Dschungel von Namen und Akronymen, mit denen man nur schwer Schritt halten kann. Gleichzeitig müssen wir gründlich darüber nachdenken, wie eine Demokratie einer solchen ideologischen Herausforderung begegnen kann. Ich hoffe, dass die Forschungsergebnisse dieses Zentrums einem möglichst breiten Publikum zugäng-

lich gemacht werden, damit sie denen eine Hilfestellung bieten können, die häufig im Kleinen mit Islamismus zu kämpfen haben.

Ist Ihrer Meinung nach das Tragen eines Kopftuchs Ausdruck des politischen Islam?

Ja und nein. Für viele Frauen ist es eine Frage des Glaubens, der Kultur und der Identität ohne politische Konnotation. Islamisten instrumentalisieren jedoch das Kopftuch, indem sie innerhalb der muslimischen Community die Botschaft verbreiten, dass nur verschleierte Frauen echte Muslimas sind.

Kann der politische Islam die Entstehung von Parallelgesellschaften fördern?

Tatsächlich ist das so. Yussuf al-Qaradawi, der spirituelle Führer der Muslimbruderschaft, hat das sogar offen theoretisiert und argumentiert, dass muslimische Gemeinschaften „ihre eigenen religiösen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen“ haben sollten. „Versuchen Sie, Ihre eigene kleine Gesellschaft innerhalb der größeren Gesellschaft zu haben“, schrieb al-Qaradawi, „versuchen Sie, Ihr eigenes ‚muslimisches Ghetto‘ zu haben.“ Die Muslimbrüder verstehen sich als Führer dieser Gemeinschaften, als selbst ernannte Hüter der islamischen Orthodoxie. Diese Vorstellung von einer Parallelgesellschaft unterscheidet sich deutlich von jener, die die Salafisten und andere ultrakonservative muslimische Gruppen im Westen etablieren wollen. Für die meisten im Westen lebenden Salafisten ist jede Interaktion mit Nichtmuslimen eine Bedrohung für die muslimische Identität. Daher zielen sie darauf ab, Räume zu schaffen, in denen Muslime mental und wenn möglich physisch von der restlichen Gesellschaft getrennt sind.

Das ist bei Muslimbrüdern anders?

Die Muslimbrüder wollen keine völlige Isolation von der Gesellschaft, sondern fördern sogar nachdrücklich die Teilnahme daran. Muslime, so argumentieren sie, sollten Teil der westlichen Gesellschaft sein, sich voll in die

„Der politische Islam ist heute eigentlich ein inländisches, ein europäisches Phänomen. Und es sind nicht die kürzlich angekommenen Flüchtlinge, die den Islamismus nach Europa gebracht haben, auch wenn einige von ihnen islamistische Einstellungen haben mögen. Vielmehr finden sie in Europa bereits ein gut organisiertes islamistisches Netzwerk vor, das oftmals sogar aktiver ist als in jenen Ländern mit muslimischer Mehrheit, die sie verlassen haben.“

politische Debatte einbringen und an Wahlen teilnehmen. Der Schwerpunkt liegt jedoch immer auf jenen Formen der Teilhabe, die die Verbreitung des Islam und den Erfolg der islamischen Wiederbelebungsbewegung fördern. Andere Formen der Teilhabe, die diesen Zwecken nicht dienen oder die islamische Identität der Gemeinschaft beeinträchtigen könnten, werden nicht empfohlen. Es ist geradezu bezeichnend, dass Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden in verschiedenen europäischen Ländern Einheiten eingerichtet haben, die sich speziell auf die Entwicklung von Parallelgesellschaften konzentrieren, in denen andere Rechts- und Schiedsverfahren als die des Staates Anwendung finden. Dieses Phänomen ist natürlich nicht nur auf Communitys mit Wurzeln in mehrheitlich muslimischen Ländern beschränkt. Die Bildung von Parallelgesellschaften ist jedoch für die europäischen Behörden von besonderer Bedeutung, wenn sie nicht nur das Ergebnis kultureller Traditionen sind, sondern an ein

politisches Projekt gebunden sind, also die Durchsetzung des Islamismus als Ziel haben.

Laut einer Umfrage der Universität Salzburg ist rund die Hälfte der Österreicher der Meinung, man solle Muslime in der Ausübung ihrer Religion einschränken. Ist Österreich dem Islam gegenüber im Allgemeinen feindlich eingestellt?

Es ist bedauerlich, von solchen Ansichten zu hören. Natürlich gibt es in Österreich Menschen, die dem Islam per se feindlich gegenüberstehen. Leider gibt es das in Österreich wie in jedem anderen europäischen Land. Ich vermute jedoch, dass viele Menschen den Islam mit dem Islamismus in Verbindung bringen. Und was sie nicht mögen, sind die politisierten, provokativen und protzigen Aktionen der zahlenmäßig kleinen Minderheit der Islamisten. Ich denke, dass dies einer der Gründe ist, warum wir eine sachliche und offene Debatte zu diesem Thema brauchen. Wenn überhaupt, führt die Vermeidung eines Gesprächs über den Islamismus und die Unterdrückung einer gesunden Auseinandersetzung damit nur dazu, dass viele Menschen die Religion des Islam für die Handlungen einiger islamistischer Aktivisten verantwortlich machen.

Lorenzo Vidino

ist Programmdirektor für Extremismus an der George Washington University und einer der angesehensten Experten im Themenbereich Islamismus in Europa und Nordafrika. Zudem ist er Autor von „The New Muslim Brotherhood in the West: Evolution and Western policies“ und „The Closed Circle: Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West“.

Im Gespräch

Ebrahim Afsah



Ebrahim Afsah erläutert, dass der politische Islam primär die Forderung nach einer Sichtbarmachung dieser Religion im öffentlichen Raum, in Konkurrenz zu anderen Organisationsprinzipien wie zum Beispiel dem rational organisierten Verfassungsstaat ist. Der politische Islam hat sich als außerordentlich wandelbar und erfolgreich erwiesen, die vorhandenen Spielräume liberaler Staaten zu seinen Gunsten auszunutzen.

Wie definieren Sie politischen Islam?

Seit etwas über zweihundert Jahren, ziemlich genau seit Napoleon 1798 Ägypten besetzte, ist es offensichtlich, dass die islamische Welt den Anschluss verpasst hat. Die Gründe hierfür sind vielfältig und haben letztlich mit der – übrigens anhaltenden – Unfähigkeit, kritische Wissenschaft und somit Industrie und Technik zu betreiben, zu tun. Wen dieser Aspekt interessiert, dem seien die Bücher von David Landes, Toby Huff und Dan Diner ans Herz gelegt. Für Ihre Frage ist jedoch weniger interessant, wie es dazu kam, sondern wie die islamische Welt auf diesen Rückstand reagierte. Nach Jahrhunderten relativen Wohlstands, Stabilität und militärischer Stärke überrollte also nun plötzlich die Moderne die islamische Welt wie ein Tsunami und selbst nach zwei Jahrhunderten sind die Aufräumarbeiten noch nicht sehr weit gediehen. Die alten Sicherheiten wurden weggerissen und die neuen importierten Institutionen, Maschinen und Praktiken blieben Fremdkörper. Um mit der neuen Welt zurecht zu kommen, benötigt man zuerst einmal Begriffe für all diese neuen Dinge, gerade auch für die neue Staatsorganisation, das neue Recht, die neuen Instrumente wie Parlamente, Versicherungen, Aktiengesellschaften, Wahlen. Viele dieser Begriffe entnahm man der eigenen, meist religiösen Tradition, andere wurden aus fremden Sprachen transkribiert, aber ohne, dass die jeweiligen Bedeutungsebenen geklärt oder auch nur bewusstgemacht wurden. Dies führte zu einer

„Politischer Islam ist also die Einforderung dieses angeblichen Vorrechts der gottgewollten Überlegenheit. Es ist das Verlangen der Herrschaft über jene, die durch eigenes Nachdenken, durch Fleiß und durch bessere Organisation diese unverstandene Moderne geprägt haben.“

anhaltenden Sprachlosigkeit, die einen konstruktiven Diskurs über gesellschaftliche Probleme der Moderne unmöglich macht und zu einer erstickenden Dominanz des Sakralen geführt hat. Die nicht zu leugnende Realität der Unterlegenheit in allen, wirklich allen Bereichen des Lebens kontrastiert jedoch mit einem Selbstbild der gottgewollten Überlegenheit, das der syrische Philosoph Sadiq al-Azm in einem beeindruckenden Aufsatz über „westliche Dominanz, islamistischen Terror und die arabische Vorstellung“ als eine „kulturelle Schizophrenie“ bezeichnet hat. Politischer Islam ist also die Einforderung dieses angeblichen Vorrechts der gottgewollten Überlegenheit. Es ist das Verlangen der Herrschaft über jene, die durch eigenes Nachdenken, durch Fleiß und durch bessere Organisation diese unverstandene Moderne geprägt haben.

„Der politische Islam ist primär die Forderung nach einer Sichtbarmachung dieser Religion im öffentlichen Raum, in Konkurrenz zu anderen Organisationsprinzipien wie zum Beispiel dem rational organisierten Verfassungsstaat.“

„Rousseau glaubte, dass kein demokratisches Gemeinwesen ohne die verpflichtende Zustimmung zu einem leicht verständlichen, bürgerlichen Credo überleben könne.“

Und wie macht er sich in Europa und Österreich konkret bemerkbar?

Der politische Islam ist primär die Forderung nach einer Sichtbarmachung dieser Religion im öffentlichen Raum, in Konkurrenz zu anderen Organisationsprinzipien wie zum Beispiel dem rational organisierten Verfassungsstaat. Er vertritt die Forderung, die Religion als die primäre und andere, zum Beispiel staatsbürgerliche Verpflichtungen, überwiegende Eigenschaft des Einzelnen und der Gruppe anzusehen. Ganz ausdrücklich sind damit zwei Forderungen verbunden: Zum einen wird staatsbürgerliche Integration und Assimilation der Migranten in die Mehrheitsgesellschaft mit schwerstem rhetorischem Geschütz als „kultureller Genozid“ abgelehnt, zum anderen wird, damit eng verbunden, Religionsausübung als private Praxis streng abgelehnt. Damit die alles entscheidende identitätsstiftende und abgrenzende Rolle der Religion zum Tragen kommen kann, ist es notwendig, dass Religion öffentlich gelebt wird. Die ungeheure Energie, die der organisierte Islam in Europa darauf verwendet, sichtbare Moscheebauten – repräsentativ, mit großen Minaretten und lautstark verkündetem Gebetsruf – einzufordern, das Tragen von Kopftüchern und sogenannter „bescheidener“ Kleidung hauptsächlich für Frauen, aber auch für Männer, die Einforderung andersartiger Verhaltensregeln wie etwa bei der Ablehnung des Handschlags, beim Schweinefleisch in der Kantine, beim Gebet in öffentlichen Räumen wie Universitäten, all diese Bemühungen dienen überwiegend der Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft und der Verstetigung einer Sonderidentität.

Hat sich das Gesicht des politischen Islam in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verändert?

Das Gesicht des politischen Islam hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Als Zeitenwende kann hier das Jahr 1979 gelten. In diesem annus horribilis begann gleichzeitig die Revolution im Iran, der islamistische Bürgerkrieg in Afghanistan und

die Besetzung der Moschee in Mekka durch saudische Putschisten. Schon immer gab es im Islam einen nonchalanten Zugang zur Gewalt, der stets als Mittel zur Ausbreitung des Glaubens und der Bekämpfung der Häresie sowohl rechtlich wie sozial akzeptabel war. Während seiner historischen Hochphasen, in denen die islamische Zivilisation stark und aufsteigend war, konnte man es sich häufig leisten, tolerant zu Andersgläubigen innerhalb und außerhalb der eigenen Gruppe zu sein – eine Eigenschaft, die gerade im Vergleich zur christlichen Geschichte immer wieder betont wird, wie beispielsweise in den ewigen Diskussionen über die richtige Einschätzung von al-Andalus, dem islamischen Spanien. Spätestens seit 1798 aber befindet sich der Islam im Rückzug und wird zunehmend intoleranter. Seit 1979 wird er zudem immer gewalttätiger, sowohl nach außen wie nach innen. Angesichts der Rückständigkeit aller mehrheitsmuslimischen Gesellschaften hätte diese Gewaltbereitschaft im Prinzip ein innerislamisches Problem bleiben können. Die Massenmigration seit den 1950er-Jahren hat diese Problematik aber zusehends in den Westen exportiert. Der ausschlaggebende Aspekt ist meiner Ansicht nach, dass dieser intolerante, gewaltbereite Islam in den letzten Jahrzehnten auf eine westliche Gesellschaft getroffen ist, die weniger in der Lage ist, dieser Herausforderung selbstsicher zu begegnen.

Inwiefern?

Westliche Gesellschaften haben in den vergangenen Jahrzehnten eine tiefe und anhaltende Sinnkrise durchgemacht. Aus verschiedenen Gründen sind ihnen zwei elementare Dinge abhandengekommen, die sich der politische Islam wirkungsvoll zunutze gemacht hat. Zum einen hat die Idee einer einigenden „Zivilreligion“, wie sie Rousseau nannte, durch ironische, kritische und polarisierende Stimmen bleibenden Schaden davongetragen und ihre integrative Funktion weitgehend verloren. Rousseau glaubte, dass kein demokratisches Gemeinwesen ohne die verpflichtende Zustimmung zu einem leicht verständlichen, bürgerlichen Credo überleben könne. Viel ist in den letzten Jahren über die „christliche Leitkultur“ Europas geschrieben und gestrit-

„Wenn Inklusion nicht mehr die Abschaffung rational unvertretbarer Schranken, sondern die Schaffung von Sonderräumen für Untergruppen ist, dann werden starke Anreize für die Errichtung von Grenzen innerhalb des Demos geschaffen.“

ten worden, und wie uns Harold Berman, Toby Huff und andere überzeugend dargelegt haben, liegt in der Tat im christlichen Erbe das Geheimnis des Aufstiegs der Aufklärung, der Schaffung rationalen Rechts und der Explosion wissenschaftlicher Neugier begründet. Aber, und dies ist ein großes und leicht übersehenes Aber, Rousseaus Zivilreligion ist zwangsläufig eine säkulare. Rational nicht begründbare Glaubenssätze, wie sie jeder offenbarten Religion zu eigen sind, haben darin keinen Platz.

Zum anderen ...

Der andere Grund für die westliche Sinnkrise ist die hiermit eng zusammenhängende, fortschreitende Balkanisierung unserer Gesellschaften in immer enger und ausschließlicher definierte Untereinheiten. Früher sprach man von Bürgern, dann von Bürgerinnen und Bürgern, dann von BürgerInnen, jetzt in Österreich von Bürg* – wer das für einen schlechten Scherz hält, dem sei die Leitlinie zum „Geschlechterinklusive Sprachgebrauch in der Administration der Universität Wien“ anempfohlen –, da umfassende Gemeinbegriffe zusehends abgelehnt werden und alle Subgruppen direkt angesprochen werden wollen. Wenn Inklusion nicht mehr die Abschaffung rational unvertretbarer Schranken, sondern die Schaffung von Sonderräumen für Untergruppen ist, dann werden starke Anreize für die Errichtung von Grenzen innerhalb des Demos geschaffen. Die Schaffung von Sonderstatuten und deren

„Rational nicht begründbare Glaubenssätze, wie sie jeder offenbarten Religion zu eigen sind, haben darin keinen Platz.“

scharfe Abgrenzung von anderen ermöglicht selbst ernannten Gruppenvertretern Vorrechte. Diese postmoderne Untergrabung des liberalen Modells persönlicher Freiheit und öffentlicher Neutralität ist auf religiöser Seite enthusiastisch aufgenommen worden, nicht nur im Islam. Die Feindschaft zu den Errungenschaften der Moderne ist allen Religionen gemeinsam.

Gibt es in Europa und Österreich Organisationen und Verbände, die Sie dem politischen Islam zuordnen würden?

Das kommt drauf an, wie eng man es definieren möchte. Nach meiner zuvor genannten Definition gehört die IGGÖ sicher dazu, da sie sich die Ablehnung der Integration und die aggressive Ausweitung eines sichtbaren Islam zur Aufgabe gemacht hat. Sie ist zudem ein Paradebeispiel selbst ernannter Grenzwächter, die von der Schaffung und scharfen Abgrenzung gesellschaftlicher Sondergruppen profitieren. Die Überlassung der Kontrolle des Religionsunterrichts durch den Staat muss in diesem Zusammenhang als unverzeihlicher Fehler gesehen werden. Die extrem aggressive Haltung dieser Glaubensvertreter gerade auch zum akademischen Studium islamischer Sachverhalte stellt ein großes Problem für eine freiheitliche Gesellschaft dar. Selbstverständlich wird man dort betonen, dass man keine Gewalt propagiere und demnach nicht dem politischen Islam zuzurechnen sei. Dem scheint mir aber eine unangemessen enge Definition zugrunde zu liegen. Die sogenannte „Verfassung“ der IGGÖ öffnet prominent mit folgender

Koransure: „Aus euch soll eine Gemeinschaft von Leuten werden, die zum Guten aufrufen, gebieten, was Recht ist, und verbieten, was verwerflich ist. Denen wird es wohlgehen.“

Auch wenn sich dies unproblematisch und unpolitisch anhören mag, ist dies exakt die Rechtsgrundlage, auf der im islamischen Recht das Institut der hisba entstanden ist, woraus das Amt des muhtasib, derjenige, der diese Aufgabe kollektiv wahrnimmt, entstanden ist. Die prügelnden Moralpolizeien im Iran, in Saudi-Arabien oder unter den Taliban basieren auf diesem Rechtsinstitut. Das Problem ist, dass der Islam – wie im Übrigen die meisten auf offenbarter Wahrheit basierenden und damit „unfehlbaren“ normativen Systeme – keine Toleranz im modernen Sinne akzeptieren kann. Denn in einem liberalen Verfassungsstaat steht es ausschließlich dem säkularen Gesetzgeber zu, die Grenzen der allgemeinen Handlungsfreiheit abzustecken. In unserem Kontext bedeutet das beispielsweise, dass Religionsfreiheit auch die Freiheit von Religion beinhaltet, ebenso wie die freie Entscheidung, wie stark religiös man leben möchte. „Zum Guten aufrufen“ ist also nicht nur nervig, es ist rechtswidrig, da es sehr schnell die persönliche Freiheit des Einzelnen tangiert. Nicht zuletzt deswegen sollten jeglicher Art öffentlich gelebter Religion, zum Beispiel beim gemeinsamen Gebet in Universitätsräumen, allerengste Grenzen gesetzt werden, da Gruppenzwang gerade unter jungen Muslimen in der Diaspora endemisch geworden ist.

Welche Rolle spielen beim politischen Islam in Europa und Österreich Länder wie die Türkei, Ägypten und Saudi-Arabien?

Ihre Frage lässt den Iran unerwähnt, was interessant, aber auch verständlich ist. Als erste geglückte fundamentalistische Revolution hat die Übernahme des iranischen Staates dem politischen Islam ganz allgemein einen ungeheuren Aufschwung verpasst. Die Islamische Republik hat es sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht, die Revolution zu exportieren und die „Verteidigung“ des Islam aggressiv und auch militärisch zu betreiben. Abgesehen von Ermordungen Oppositioneller ist man

„Denn in einem liberalen Verfassungsstaat steht es ausschließlich dem säkularen Gesetzgeber zu, die Grenzen der allgemeinen Handlungsfreiheit abzustecken. In unserem Kontext bedeutet das beispielsweise, dass Religionsfreiheit auch die Freiheit von Religion beinhaltet, ebenso wie die freie Entscheidung, wie stark religiös man leben möchte.“

dabei in Europa relativ unscheinbar geblieben, was zum einen an der Minderheitenposition der im Iran praktizierten Form des Islam, zum anderen an der völlig anderen demografischen Struktur der iranischen Diaspora liegt. Stark vereinfacht ausgedrückt, sind die meisten im Ausland lebenden Iraner froh, nicht mehr in einem islamistischen Umfeld leben zu müssen, und sind daher den ideologischen Avancen der Islamischen Republik gegenüber relativ immun geblieben. Da das Schiitentum zudem eine relativ kleine Minderheit darstellt, ist der Pool an ansprechbaren Migranten relativ klein. Die vom Iran im Ausland unterhaltenen Moscheen und Kulturinstitute sind daher zwar inhaltlich sicher nicht verfassungskonform, stellen für die Mehrheitsgesellschaft aber meist keine besondere Bedrohung dar.

Aber ...

Mittelbar jedoch spielt der Iran eine entscheidende Rolle, da seine Revolution eine bis heute anhaltende existenzielle Furcht der sunnitischen Golfmonarchien vor interner Unterwanderung entfacht hat. Sie haben damit auf zweierlei Art reagiert: Intern haben sie versucht, ihre islamische Legitimität zu steigern, indem sie den existierenden Pakt mit dem stark konservativen Klerus erneuert haben, mit dem Ziel einer sogenannten „inneren Mission“ zur stärkeren Islamisierung ihrer Gesellschaften. Gleichzeitig haben sie erfolgreich versucht, innere Spannungen nach außen zu lenken, indem sie private und öffentliche Mittel und persönliche Ressourcen in den Dienst der „äußeren Mission“ gestellt haben, also der aggressiven Propagierung ihrer speziellen Form des Islam, des Wahabismus. Angesichts ihrer beträchtlichen Finanzmittel und der bereitwilligen Kooperation des Westens nicht zuletzt in Afghanistan, den sowjetischen Nachfolgestaaten, in Bosnien und innerhalb der europäischen Diaspora, ist diese da'wah – Missionierung – ausgesprochen erfolgreich gewesen. Es ist hervorzuheben, dass die Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, dies völlig offen betreiben. Die anderen mehrheitsmuslimischen Staaten treten in erster Linie als Exporteure von Menschen in Erscheinung und sehen sich hierbei als Schutzmächte ihrer in Europa lebenden

Landsleute. Hier ist insbesondere die Türkei im Rahmen ihrer eigenen Islamisierung zunehmend aggressiv und integrationsfeindlich aufgetreten. Die dort existierende staatliche Kontrolle der Religion ist ihr hierbei sehr hilfreich gewesen, da sie über die Religionsbehörde die Entsendung von Priestern und Lehrern sowie den Moscheebau in Europa organisieren konnte. Keine einzige Großmoschee in Europa ist aus lokalen Mitteln der jeweiligen Gemeindemitglieder, sondern ausschließlich von diversen muslimischen Staaten finanziert worden, wobei die Türkei, Saudi-Arabien, Kuwait und Katar besonders hervortreten. Die historische Pariser Moschee stellt hierbei eine Ausnahme dar, da sie vom französischen Staat im Kolonialkontext erbaut worden ist.

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre in Europa?

Es wird oft behauptet, dass die Koexistenz zwischen Muslimen und Europäern angeblich sehr alt und größtenteils fruchtbar gewesen ist. Hierbei sind aber zwei historische Fakten festzuhalten. Zum einen gab es bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg so gut wie gar keine Muslime in Westeuropa. Muslimische Minderheiten gab es ausschließlich als historisches Erbe in Russland und den früheren osmanischen Provinzen, in West- und Nordeuropa aber bestenfalls als einzelne Individuen. Ihre Zahl ist seither explodiert und wächst durch Zuzug und eine sehr viel höhere Geburtenrate weiterhin rasant an. Der andere Mythos handelt von dem vorgeblichen wirtschaftlichen Nutzen und der kulturellen Bereicherung, den diese Migranten europäischen Gesellschaften gebracht hätten. Hier ist anzumerken, dass mit dem Ölpreisschock von 1973 die Anwerbung von Gastarbeitern überall formell beendet wurde, zu einem Zeitpunkt, als die Zahl der in Europa lebenden Muslime vielleicht ein Fünftel der heutigen Anzahl betrug. Der weitaus überwiegende Teil der muslimischen Einwanderer kam also, nachdem es keinen wirtschaftlichen Bedarf mehr für sie gab, entweder im Rahmen der Familienzusammenführung oder als Flüchtlinge. Seitdem zeigen sie durchschnittlich mindestens doppelt so hohe Arbeitslo-

„Keine einzige Großmoschee in Europa ist aus lokalen Mitteln der jeweiligen Gemeindemitglieder, sondern ausschließlich von diversen muslimischen Staaten finanziert worden, wobei die Türkei, Saudi-Arabien, Kuwait und Katar besonders hervortreten.“

„Die Ausbildung dieser Lehrkräfte muss staatsbürgerlichen Werten verpflichtet sein, normalen akademischen Standards entsprechen und auf Deutsch ablaufen, es darf keine Kopftuchpflicht und öffentliche Gebete an der Universität geben.“

senquoten wie die lokale Bevölkerung und sind auch auf allen anderen relevanten sozialen Indikatoren verlässlich die Schlusslichter. Wir haben es also mit Menschen zu tun, die aus abgehängten Gesellschaften mit sehr schlechten Bildungsstandards und einer ablehnenden Kultur in hochentwickelte Arbeitsmärkte gewandert bzw. mittlerweile oft geboren sind, in denen sie weiterhin abgehängt bleiben. Der europäische Wohlfahrtsstaat hat hier paradoxerweise sein Übriges dazu getan, sie als dauerhafte Unterschicht zu zementieren. Der Massenexodus 2015 hat hierbei noch einmal deutlich das demografische Gefüge verschlechtert, da es sich hier hauptsächlich um junge, sehr schlecht ausgebildete Männer gehandelt hat, die allem rhetorischen Wunschdenken zum Trotz in der Masse nicht produktiv am Arbeitsleben werden teilhaben können und die mittelfristig ihre Ehefrauen aus der Heimat importieren werden. Dass sie zudem aus Gesellschaften kommen, die ohne Ausnahme von einer islamistischen Renaissance geprägt sind, lässt eine friedliche Integration in unsere säkularen, post-industriellen Gesellschaften als unwahrscheinlich erscheinen.

Wie begegnet man politischem Islam am besten? Als Regierung, Gesellschaft und Medien? Und vor allem in den Schulen?

Meiner Ansicht nach wird nicht genug mit den Mitteln des Strafrechts gearbeitet. Der westliche Rechtsstaat zeigt sich sowohl in seinem Umgang mit alltäglicher Kriminalität als auch besonders in seiner Behandlung intoleranten, oft gewalttätigen religiösen Gedankenguts als wenig durchsetzungsstark. Ich denke auch nicht, dass der mantrahafte Verweis auf Religionsfreiheit mittelfristig hilfreich ist. Der politische Islam hat sich als außerordentlich wandelbar und erfolgreich erwiesen, die vorhandenen Spielräume liberaler Staaten zu seinen Gunsten auszunutzen. Die Überlassung des Religionsunterrichts in die Kontrolle der islamischen Glaubensgemeinschaft ist ein unverzeihlicher Kardinalfehler, den mir die ministeriellen Vertreter immer wieder mit dem Verweis auf das Religionsverfassungsrecht als bedauerlich, aber unabdingbar erklären. Dies muss dringend geändert werden. Die Ausbildung dieser Lehrkräfte muss

„Der politische Islam hat sich als außerordentlich wandelbar und erfolgreich erwiesen, die vorhandenen Spielräume liberaler Staaten zu seinen Gunsten auszunutzen.“

staatsbürgerlichen Werten verpflichtet sein, normalen akademischen Standards entsprechen und auf Deutsch ablaufen, es darf keine Kopftuchpflicht und öffentliche Gebete an der Universität geben. Die Kontrolle der Lehrinhalte und des Unterrichts an sich muss vom Staat direkt ausgeführt werden. Nur ordentlich akademisch ausgebildete und ein reguläres Zweitfach unterrichtende Lehrkräfte dürfen eingestellt werden. Die angeblich verfassungsrechtlich zwingenden Privilegien der Glaubensgemeinschaft stehen diesen notwendigen Maßnahmen entgegen. Damit ist aber die Perpetuierung einer Parallelgesellschaft vorprogrammiert und man sollte daher auch grundlegende Rechtsänderungen in Betracht ziehen. Das gegenwärtig praktizierte Modell ist gescheitert.

Die Regierung plant eine Dokumentationsstelle zum politischen Islam. Wie muss eine solche Einrichtung arbeiten und was erwarten bzw. erhoffen Sie sich davon?

Eine zu enge Definition des politischen Islam, also die Beschränkung ausschließlich auf gewaltbereite Gruppen und Aktivitäten, ist nicht hilfreich. Es ist notwendig, diese Herausforderung gerade auch als Kulturkampf

anzunehmen. Hier ist besonders auf die schulischen, religiösen und kulturellen Aktivitäten ausländischer Staaten zu achten, ebenso wie jene der Selbstorganisationen der muslimischen Minderheit, einschließlich der Glaubensgemeinschaft. Mir scheint, dass gerade im Jugendbereich eine Vielzahl schwer durchschaubarer Organisationen tätig sind, deren Aktivitäten wir besser verstehen müssen. Angesichts der sehr angespannten Lage und der ausgesprochen aggressiven Haltung der islamischen Verbände vermute ich allerdings, dass eine solche Dokumentationsstelle à la autrichienne sich auf offensichtlich terroristische und anderweitig gewaltbereite Gruppen beschränken wird, was meines Erachtens nicht ausreichend sein wird.

Ist das Tragen eines Kopftuchs Ausdruck des politischen Islam?

Ja.

Sie haben vorhin Parallelgesellschaften erwähnt. Kann der politische Islam ihre Entstehung fördern?

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, mit einem weiteren im Diskurs oft vorgebrachten Mythos zu brechen. Der Islam wird oft als die am schnellsten wachsende Religion der Welt bezeichnet, nicht nur, aber besonders von Vertretern des politischen Islam. Implizit in der Aussage seines schnellen Wachstums ist die Annahme, dass der Islam sich im Wettbewerb mit anderen Religionen als attraktiver darstelle. Die zweifelhafte, aber sehr sichtbare Rolle westlicher Konvertiten unterstreicht diesen Aspekt – ob als muttersprachliche Vertreter muslimischer Verbände, als radikale Prediger und Anwerber oder eben als Terroristen in syrischen Vergewaltigungslagern. Um es deutlich zu sagen: Um die hearts and minds der Kinder der Mehrheitsgesellschaft braucht man sich – anders als während des Kalten Krieges – keine Sorgen zu machen. Der Islam, sowohl als Religion als auch definitiv als politische Ideologie, bleibt ausgesprochen unattraktiv für jeden, der eine Wahl hat, weil er in einer anderen Religion oder in keiner sozia-

„Mit dem Islam ist nun eine Religion zahlenmäßig signifikant geworden, die diesen Anpassungsprozess noch nicht durchgemacht hat, also vom Staat noch nicht „domestiziert“ worden ist, und die dadurch die absolute Hoheit des Staates in vielen Bereichen nicht anerkennt.“

liert worden ist. Der Übertritt zum Islam erfolgt für gewöhnlich entweder unter Druck, so beispielsweise häufig in gemischten Ehen, oder in sehr speziellen Einzelfällen, oft bei sozial und psychisch labilen Ausgegrenzten. Er ist kein Massenphänomen und wird es aller Voraussicht nach auch nicht werden. Wenn vom Islam als der am schnellsten wachsenden Religion die Rede ist, heißt das also nur, dass die muslimische Bevölkerung am schnellsten wächst, weil sie durchschnittlich mehr und früher Kinder bekommt als andere. Dies trifft wie gesagt auch auf die Diaspora zu und manche Vertreter des organisierten Islam, in den Heimatländern wie in Europa, sehen hier den Beginn einer vorbestimmten größeren politischen Rolle. Hierzu ist es natürlich notwendig, dass die Religion keine Privatangelegenheit wird, sondern öffentlich und gemeinschaftlich gelebt wird und ihre Anhänger sich nicht assimilieren werden. Es steht also außer Frage, dass der politische Islam die Bewahrung von Parallelgesellschaften aktiv fördert.

Laut einer Umfrage der Universität Salzburg ist rund die Hälfte der Österreicher der Meinung, man solle Muslime in der Ausübung ihrer Religion einschränken. Ist Österreich dem Islam gegenüber im Allgemeinen feindlich eingestellt?

Unsere toleranten, weitgehend säkularisierten Gesellschaften haben alle einen jahrhundertlangen Kampf

zur Einhegung der Religion hinter sich. Ich habe oben bereits erwähnt, wie unglaublich aggressiv zum Beispiel der Katholizismus von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil versucht hat, sich den Errungenschaften der Moderne zu widersetzen. Die katholische Kirche lehnte so ziemlich alles ab, was heute zu den Kerncharakteristika westlicher Lebensweise gehört, von der Zivilehe, der staatlichen Schulpflicht, der Glaubensfreiheit, um von Abtreibung, Scheidungsrecht, und ähnlichem gar nicht zu sprechen. Die Kirche hat sich dem Staat nicht freiwillig unterworfen. Die dogmatischen Zugeständnisse des Konzils waren das Resultat eines hundertjährigen aktiven Kulturkampfes, in dem europäische Staaten letztlich erfolgreich ihre Hoheit in allen Bereichen durchgesetzt haben – gerade auch mit finanziellen und strafrechtlichen Mitteln, eben durch Zwang. Mit dem Islam ist nun eine Religion zahlenmäßig signifikant geworden, die diesen Anpassungsprozess noch nicht durchgemacht hat, also vom Staat noch nicht „domestiziert“ worden ist, und die dadurch die absolute Hoheit des Staates in vielen Bereichen nicht anerkennt. Ich glaube nicht, dass dieser Anpassungsprozess ohne Zwang wird vonstattengehen können, und halte es daher in der Tat für notwendig, dass Muslime in der Ausübung ihrer Religion eingeschränkt werden müssen. Was erlaubt ist in einem Rechtsstaat und was nicht, entscheidet ausschließlich der säkulare Gesetzgeber. Es gibt unzählige Bereiche religiösen Lebens – nicht nur, aber mittlerweile eben besonders im Islam –, die mit einem modernen, rechtsstaatlichen Gemeinwesen nicht vereinbar sind. Diese Bereiche kann die Rechtsordnung nicht mit dem lapidaren Hinweis auf die Religionsfreiheit ignorieren, offensichtliche Beispiele sind Sklaverei, Mehr- und Kinderehe, das Schächten, aber eben auch die von ausländischen Staaten unterhaltenen Gotteshäuser, das hochproblematische Gewaltverständnis oder die Einforderung von allgemeinen Einschränkungen, um eine islamische Lebensführung zu vereinfachen, zum Beispiel während des Fastenmonats oder in Kantinen. Da der Islam nicht nur, aber besonders in seiner politischen Ausformung dazu neigt, religiöses Leben öffentlich auszuleben und diesen Raum expansiv zu besetzen, sind staatliche Einschränkungen unumgänglich.

„Unsere toleranten, weitgehend säkularisierten Gesellschaften haben alle einen jahrhundertelangen Kampf zur Einhegung der Religion hinter sich.“

Ebrahim Afsah

Ebrahim Afsah ist Professor für Rechtswesen und Ethik im Islam am Institut für Islamisch-theologische Studien und am Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung der Universität Wien sowie Assoziierter Professor für Völkerrecht an der Universität Kopenhagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Islamisches Recht sowie Rechts- und Verwaltungsreform in Räumen fragiler Staatlichkeit.

Im Gespräch

Susanne Schröter



Susanne Schröter verdeutlicht, dass Fundamentalisten die Trennung von Religion und Staat ebenso wie einen modernen Rechtsstaat ablehnen. Wenn Fundamentalisten versuchen, Einfluss in der Gesellschaft auszuüben und religiöse Regularien durchzusetzen, sprechen wir von Islamismus oder von einem politischen Islam. Es handelt sich dann um eine Herrschaftsideologie, die die vollständige Umgestaltung von Staat und Gesellschaft anhand islamischer Normen intendiert.

„Der Islam ist eine Weltreligion, die theologisch und hinsichtlich der gelebten Praxis ihrer Anhänger viele Spielarten aufweist, die sich stark voneinander unterscheiden.“

Wie definieren Sie politischen Islam?

Lassen Sie mich zunächst ein Missverständnis ausräumen: Der politische Islam ist nicht mit DEM Islam gleichzusetzen, obwohl dies von Gegnern und Befürwortern immer wieder behauptet wird. Der Islam ist eine Weltreligion, die theologisch und hinsichtlich der gelebten Praxis ihrer Anhänger viele Spielarten aufweist, die sich stark voneinander unterscheiden. Es gibt progressive, konservative, liberale und fundamentalistische Formen des Islam, spirituelle Gruppen und solche, die einem rigiden Gesetzesislam anhängen, vielfältige Interpretationsmöglichkeiten der religiösen Texte und eine nahezu unüberschaubare Vielfalt im Bereich des Volksislam, die auf nichtmuslimische Einflüsse oder Vermischungen mit örtlichen Traditionen zurückgeht. Der politische Islam stellt eine dieser Spielarten dar, allerdings eine, die im höchsten Maß gefährlich ist, weil ihre Vertreter der Vielfalt den Kampf angesagt haben und nach Deutungshoheit und politischer Macht streben.

Inwiefern?

Der politische Islam ist nach innen intolerant und repressiv und stellt nach außen einen Gegenentwurf zum säkularen Rechtsstaat, zur Demokratie und zu den Freiheitsansprüchen des Individuums dar. Im Kern basiert er auf einem fundamentalistischen Islamverständnis, das heißt auf einer unkritischen Orientierung am Koran und an den auf

Mohammed bezogenen Überlieferungen, der sogenannten Sunna. Historische Kontextualisierungen oder hermeneutische Verfahren der Exegese werden abgelehnt. Das ist problematisch, weil sowohl der Koran als auch die Sunna Texte beinhalten, die frauenfeindlich, antisemitisch und gewaltverherrlichend sind. Fundamentalismus bedeutet außerdem, dass religiöse über weltlichen Normen stehen. Fundamentalisten lehnen die Trennung von Religion und Staat ebenso ab wie eine säkulare politische Ordnung oder einen modernen Rechtsstaat. Wenn Fundamentalisten versuchen, Einfluss in der Gesellschaft auszuüben und religiöse Regularien durchzusetzen, sprechen wir von Islamismus oder von einem politischen Islam. Es handelt sich dann um eine Herrschaftsideologie, die die vollständige Umgestaltung von Staat und Gesellschaft anhand islamischer Normen intendiert. Das Ziel kann ein islamischer Staat sein, aber im Regelfall geht es um islamistische normative Ordnungen, also um Gesellschaften, die nach den Regeln der Scharia verfasst sind. Gesellschaftliche Systeme werden von innen ausgehöhlt und weltliche Normen sukzessive durch islamistische ersetzt. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist dabei gewöhnlich, Kritik am Islamismus zu unterbinden. In islamisch geprägten Ländern nutzt man dazu Blasphemiegesetze, die Kritiker als Gotteslästerer oder Häretiker mit harten Strafen bedrohen. In westlichen Gesellschaften denunziert man Kritik als „Islamophobie“ oder „antimuslimischen Rassismus“. Beim Übergang zu islamistischen normativen Ordnungen stirbt die Meinungsfreiheit zuerst.

Wie macht sich der politische Islam in Europa und Österreich bemerkbar?

Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Begriffe „Islamophobie“ oder „antimuslimischer Rassismus“ von einem Teil der Politik und von vielen gesellschaftlichen Gruppen in Europa bis hin zu Stiftungen und Universitätslehrstühlen als Tatsachen und nicht als Ideologien behandelt werden, dann sehen wir, dass es islamistischen Akteuren sehr gut gelungen ist, ihre Agenda auf breiter Ebene zu verankern. Doch dies ist nur ein Indikator für die zunehmende Präsenz des politischen Islam. Um zu verstehen, was diese Präsenz für unsere Gesellschaften bedeutet, müssen wir uns anschauen, wie der politische Islam verfasst ist. Es handelt sich um einen organisierten Islam, repräsentiert durch hierarchisch strukturierte Verbände, deren Zentrale sich gewöhnlich im Ausland befindet. Besonders deutlich wird dies bei den türkischen Vereinigungen, der ATIB in Österreich und der DITIB in Deutschland, die Auslandsdependenzen der türkischen Religionsbehörde Diyanet darstellen. Diyanet ist unmittelbar dem türkischen Präsidenten, im Moment also Recep Tayyip Erdoğan unterstellt, in ATIB und DITIB haben türkische Beamte das Sagen. Ein anderer einflussreicher Verein ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş und ihre vielen Untergruppierungen. Die Milli Görüş-Bewegung wurde ursprünglich von Erdoğan's politischem Ziehvater Necmettin Erbakan gegründet, um die Säkularisierung der Türkei rückgängig zu machen und die Türkei in einen islamistischen Staat umzuwandeln. Erdoğan versteht sich offenbar als politischer Sachverwalter Erbakans. Er und die AKP versuchen zurzeit, die Türkei in eine islamistisch-nationalistische Diktatur umzuwandeln und ihre Anhänger mit Fantasien der Wiedergeburt des Osmanischen Reiches zu begeistern.

Mit welchen Mitteln versuchen sie das?

Sie nutzen die genannten Verbände, um diese Politik in Österreich und in Deutschland fortzuführen und sich der Loyalität ihrer Anhängerschaft in der Diaspora zu versichern. Man torpediert jede Art der Integration, bedient sich ultranationalistischer Ressentiments und schürt Hass auf vermeintlich „Ungläubige“, liberale Muslime sowie auf

„Es sollte verstanden werden, dass es sich bei Vertretern des politischen Islam um Extremisten handelt, die der Demokratie und den Freiheitsrechten des Individuums, auf denen unsere Gesellschaften basieren, den Kampf angesagt haben und alle Muslime einschüchtern, beschränken und unterdrücken, die eben nicht der Agenda des politischen Islam folgen möchten.“

ethnische und religiöse türkeistämmige Minderheiten. Betroffen sind besonders Alewiten, Christen und Kurden. Was das konkret bedeutet, konnte man Ende Juni bei den Gewalttätigkeiten im Wiener Bezirk Favoriten beobachten. Wengleich die türkischen Organisationen in der Öffentlichkeit präsenter sind als andere, ist der politische Islam keine vornehmlich türkische Angelegenheit. Von Bedeutung sind auch die Organisationen der Muslimbruderschaft und Vereinigungen, die von Teheran aus gesteuert werden, oder islamistische Landsmannschaften aus anderen islamisch geprägten Ländern. Sie alle haben die Frage islamischer Normen mittlerweile ganz oben auf die politische Agenda gesetzt und unternehmen große Anstrengungen, diese in Österreich und Deutschland durchzusetzen. Stichworte sind Vollverschleierung, Kopftücher und „islamische Bekleidung“ bei Lehrerinnen und Schülerinnen, der Ausschluss muslimischer Mädchen vom Schwimmunterricht und von Klassenfahrten, die Teilnahme von Kindern am Fasten während des Ramadan oder Forderungen nach Gebetsräumen in öffentlichen Einrichtungen. Teilweise wird Unterricht abgelehnt, weil

die Themen als nicht „islamkonform“ gelten. Immer wieder kommt es zu religiösem Mobbing. Muslimische Kinder und Jugendliche, die sich in Schule, Jugendzentren oder in Peer-groups nicht an Vorgaben halten, die Islamisten als „halal“ bezeichnen, müssen immer häufiger mit Beschimpfungen, Verunglimpfungen oder körperlichen Übergriffen rechnen. „Halal“ bedeutet etwas, das als islamisch erlaubt gilt und steht im Gegensatz zu „Haram“, dem islamisch Verbotenen. Leidtragende sind besonders Mädchen und Frauen, die durch islamistische Verhaltensvorschriften und patriarchalische Traditionen daran gehindert werden, ihre Rechte in Österreich und Deutschland wahrzunehmen.

Hat sich eigentlich das Gesicht des politischen Islam in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verändert?

Viele Menschen denken beim Begriff des politischen Islam an bärtige Salafisten, die ihre Sympathien zu dschihadistischen Milizen bekunden und mit Gewalt einen islamischen Staat errichten wollen. Das ist eine Variante, die zeitweise unter Jugendlichen sehr populär war und weltweit noch immer für Terror, Hunderte von Toten und schlimmste Menschenrechtsverletzungen sorgt. Dschihadistische Milizen entwickeln sich dort, wo staatliche Strukturen zusammenbrechen oder schon immer unterentwickelt waren, wo Demokratie lediglich auf dem Papier besteht und der Einzelne nur als Mitglied eines Kollektivs zählt. Das ist in Teilen Asiens und Afrikas der Fall, doch in der Regel können sich diese Gruppen nicht dauerhaft etablieren und werden nach einigen Jahren militärisch zerschlagen. In anderen Ländern gelingt die Durchsetzung islamistischer normativer Ordnungen hingegen ohne großes Aufsehen nahezu unbemerkt. Die treibenden Kräfte sind islamistische Politiker, die das Recht islamisieren, neue Regularien erlassen und Nichtmuslime von der politischen Partizipation ausschließen. Sie wird durch islamistische Kulturschaffende unterstützt, die die Bevölkerung mit Filmen, Talkshows und Erbauungsliteratur beeinflussen und so die moralischen Werte islamisieren. Nur diejenigen, die islamistische Normen befolgen, gelten als moralisch integer. Wie so etwas funktioniert, können wir anhand von Bekleidungsvorschriften für Frauen und Mädchen sehen.

„Der politische Islam ist nach innen intolerant und repressiv und stellt nach außen einen Gegenentwurf zum säkularen Rechtsstaat, zur Demokratie und den Freiheitsansprüchen des Individuums dar.“

„Muslimische Kinder und Jugendliche, die sich in Schule, Jugendzentren oder in Peergroups nicht an Vorgaben halten, die Islamisten als ‚halal‘ bezeichnen, müssen immer häufiger mit Beschimpfungen, Verunglimpfungen oder körperlichen Übergriffen rechnen.“

„In Ländern, in denen es keine bewährte Tradition bürgerlichen Engagements gibt, lässt sich beobachten, dass Akteure aus den Reihen des organisierten politischen Islam Politik, Recht und Gesellschaft zunehmend unterwandern und der Spielraum für jedwede Opposition schon deshalb immer enger wird, weil sie durch Blasphemieanschuldigungen kriminalisiert wird.“

Zum Beispiel?

Nehmen wir Indonesien. Noch vor zwei Jahrzehnten trugen nur wenige Frauen das Kopftuch, in vielen Einrichtungen war es verboten. Islamistinnen änderten dies, wobei sie zunächst mit dem Selbstbestimmungsrecht von Musliminnen argumentierten. Nach einigen kulturellen Kampagnen setzte sich bei vielen die Auffassung durch, dass das Kopftuch und die Bedeckung des Körpers Zeichen eines moralischen Lebenswandels seien. Diejenigen, die kein Kopftuch trugen, gerieten ins Abseits. Mittlerweile wurden Gesetze auf Distrikt- und Provinzebene dahingehend geändert, dass vielerorts jetzt eine Kopftuchpflicht besteht. Frauen und Mädchen, die sich dem widersetzen, werden verhaftet. Das alles geschieht in einer Demokratie, nicht in einem islamischen Staat. Ein anderes Beispiel für den Versuch, eine islamistische Ordnung zu errichten, ist Tunesien nach dem Arabischen Frühling. Die Demokratisierung und die ersten freien Wahlen unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis führten dazu, dass die zuvor verbotene islamistische Ennahda-Partei die Mehrheit aller Wählerstimmen erhielt. Unmittelbar im Anschluss an den Wahlerfolg begannen Parteifunktionäre mit Vorbereitungen, um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen aus der Verfassung zu streichen, eine Reihe neuer Gesetze zu planen, die an islamischen Rechtsvorstellungen ausgerichtet waren, und entwickelten die Vision einer wahrhaft islamistischen Gesellschaft. Flankiert wurde das Ganze durch marodierende Salafisten, die Kunstausstellungen niederbrannten, die ihnen zu unislamisch waren, Universitäten blockierten, weil sie die Einführung einer Geschlechtertrennung erzwingen wollten, und Personen des öffentlichen Lebens mit Morddrohungen zum Schweigen bringen wollten. Eine starke Zivilgesellschaft widersetzte sich dieser Entwicklung und konnte die Ennahda schließlich dazu bewegen, von ihrem Kurs abzurücken.

Was ist die Erkenntnis daraus?

Fälschlicherweise hat dies bei einigen westlichen Beobachtern zu dem Eindruck geführt, es gäbe moderate Islamisten oder sogar „Postislamisten“. Das ist jedoch ein Trugschluss. In Ländern, in denen es keine bewährte Tradition bürgerli-

„Wer möchte, dass sich Zuwanderer mit der Gesellschaft identifizieren, die ihre neue Heimat darstellt, sollte ihnen auch die Prinzipien vermitteln, die die Grundlagen dieser Gesellschaft darstellen.“

chen Engagements gibt, lässt sich beobachten, dass Akteure aus den Reihen des organisierten politischen Islam Politik, Recht und Gesellschaft zunehmend unterwandern und der Spielraum für jedwede Opposition schon deshalb immer enger wird, weil sie durch Blasphemieansuldigungen kriminalisiert wird. Wir können seit etwa 40 Jahren einen Prozess in der islamisch geprägten Welt beobachten, der Islamisten erlaubt, ihre Ziele durchzusetzen, ohne zuvor eine Revolution oder einen Bürgerkrieg anzuzetteln. Der legalistische Islamismus, das heißt ein Islamismus, der sich vordergründig gesetzeskonform gibt, bedient sich subtiler Mittel, die vielen nicht sofort auffallen. Das macht ihn allerdings umso gefährlicher.

Die Türkei haben Sie schon erwähnt. Welche Rolle spielen beim politischen Islam in Europa und Österreich weitere Länder wie etwa Ägypten und Saudi-Arabien?

Ägypten und Syrien waren in der Vergangenheit diejenigen Länder, aus denen Vertreter der Muslimbruderschaft nach Europa kamen. Es handelte sich entweder um politische Aktivisten, die von den säkularen Regimen staatsfeindlicher Umtriebe beschuldigt wurden und in Europa politisches Asyl erhielten, oder um Studenten. Heute werden Organisationen der Bruderschaft, die im Übrigen allesamt leugnen, den Muslimbrüdern anzugehören, von Katar und Kuwait unterstützt. Aufschluss über solche Umtriebe geben unter anderem die „Qatar-Papers“, die französische Journalisten veröffentlichten. Auch Saudi-Arabien hatte in der Vergangenheit Einrichtungen in Europa etabliert, um religionspolitischen Einfluss zu nehmen. In Österreich ist

es das König-Abdullah-Zentrum, in Deutschland war es die mittlerweile geschlossene König-Fahd-Akademie. Momentan ist die Türkei das Land, dessen Regierung den politischen Islam in Österreich und Deutschland am stärksten fördert, ausbaut und nutzt. Erdoğan indoktriniert nicht nur die türkeistämmige Bevölkerung Europas und fusioniert die islamistischen türkischen Verbände, sondern führt immer wieder Veranstaltungen mit Vertretern der Muslimbruderschaft durch, um seine angestrebte Führungsrolle in der islamischen Welt zu unterstreichen. Seine antiwestlichen Provokationen kommen bei vielen türkeistämmigen Muslimen in Österreich und Deutschland gut an und führen zu beachtlichen Wahlerfolgen bei Auslandstürken. Weithin unterschätzt ist die Rolle, die der Iran für den politischen Islam in Europa spielt. Das Islamische Zentrum in Hamburg, dessen Leiter als Stellvertreter des obersten Führers des Iran gilt, ist die koordinierende Stelle aller schiitischen Einrichtungen, von denen einige eine enge Verbindung zur libanesischen Terrororganisation Hisbollah unterhalten.

Und welchen Einfluss haben die Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre auf diese Entwicklung?

Die Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre verschieben die nationalen bzw. ethnischen Verhältnisse im Feld der europäischen Muslime. Deutlich mehr Muslime kommen jetzt aus arabischen Ländern, aber auch aus Afghanistan, Pakistan oder aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Der Einfluss des Irans könnte zunehmen, da viele afghanische Schiiten, die jahrelang im Iran gelebt haben, jetzt in Europa sind und sich den bestehenden schiitischen Organisationen anschließen. Gegenwärtig gibt es keine verlässlichen empirischen Untersuchungen über die Rolle des Islam für diese neuen Zuwanderer. Kleinere Studien, die in Österreich durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass islamistische und traditionell-patriarchalische Prägungen weit verbreitet sind, doch die sind bis dato lediglich Hinweise. Hier besteht dringender Forschungsbedarf.

Wie begegnet man politischem Islam am besten? Als Regierung, Gesellschaft und Medien? Und vor allem in den Schulen?

Zunächst muss man konstatieren, dass wir in diesem Bereich ein enormes Wissens- und Forschungsdefizit haben. Das betrifft die Organisationen des politischen Islam, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – transnational aufgestellt sind. Aufgrund der muttersprachlichen Kenntnisse, die dafür benötigt werden, der geschlossenen Milieus und der dezidierten Absicht ihrer Führungspersonen, Einblicke in ihre Welt zu unterbinden, sind diese Forschungen extrem anspruchsvoll und zeitaufwendig. Sie müssten zudem dauerhaft aktualisiert werden, da das Feld außerordentlich dynamisch ist. Eng damit verbunden müssten Studien zu Moscheen, bestimmten Quartieren und muslimischen Einrichtungen erfolgen. Ich selbst habe eine dreieinhalbjährige Forschung zu den Moscheegemeinden einer deutschen Mittelstadt durchgeführt und weiß, wie schwierig das ist. Ein weiterer Wissensbereich ist die Theologie des politischen Islam bzw. die mit dem Islam verknüpfte politische Orientierung, die teilweise extrem nationalistisch, teilweise aber auch internationalistisch ist und einen globalen Geltungsanspruch vertritt. Das Wissen, das mit Projekten der Grundlagenforschung generiert wird, sollte der Gesellschaft in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden.

Und zwar ...

Dafür eignen sich Schriftenreihen ebenso wie Internetportale, Fortbildungsformate oder Ansprechstellen für Medienvertreter, Lehrer, Sozialarbeiter und andere Personen, die sich für die Thematik interessieren. Auf wissensbasierter Grundlage sollten zudem kontinuierlich öffentliche Diskussionen über den politischen Islam geführt werden. Noch immer glauben Menschen, dass Kritik am politischen Islam „rassistisch“, „ausländerfeindlich“, „islamfeindlich“ oder aus anderen Gründen moralisch bedenklich sei. Sie gehen damit der islamistischen Propaganda auf den Leim und verkennen das Problem. Es sollte verstanden werden, dass es sich bei Vertretern des politischen Islam um Extremisten handelt, die der Demokratie und

„Der politische Islam fördert immer Parallelgesellschaften, da ein Leben nach islamistischen Normen außerhalb islamistisch geprägter Enklaven nicht möglich ist. Bislang existieren in Österreich allenfalls Parallelstrukturen, aber noch keine Parallelgesellschaften.“

den Freiheitsrechten des Individuums, auf denen unsere Gesellschaften basieren, den Kampf angesagt haben und alle Muslime einschüchtern, beschränkt und unterdrückt, die eben nicht der Agenda des politischen Islam folgen möchten. Auf wissenschaftlicher Grundlage gilt es weiterhin, eine Haltung zu entwickeln, die sich strikt an den Menschen- und Freiheitsrechten orientiert. Errungenschaften von Freiheitskämpfen wie die Kinderrechte, Frauenrechte oder das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung dürfen nicht im Namen einer falschen Toleranz oder des Kulturrelativismus geopfert werden. Das Recht auf Religionsfreiheit gilt nicht grenzenlos und es schließt auch das Recht ein, frei von Religion zu sein, seine Religion zu verlassen und sich einer anderen anzuschließen. Wer möchte, dass sich Zuwanderer mit der Gesellschaft identifizieren, die ihre neue Heimat darstellt, sollte ihnen auch die Prinzipien vermitteln, die die Grundlagen dieser Gesellschaft darstellen. Diese Grundlage kann nicht verhandelbar sein. Das muss auch in Schulen gelten, die den Auseinandersetzungen mit Islamisten besonders ausgesetzt sind. Die Bildung der nächsten Generation sollte ohnehin stärker im Fokus der Politik stehen. Das bedeutet fördern und fordern, aber auch die Unterstützung von Lehrkräften. Schulen sind säkulare Räume, in denen allen Schülern, unabhängig von Herkunft, Religion und Geschlecht die gleiche Möglichkeit gegeben werden sollte, sich zu bilden. Diskussionen um islamische Normen oder andere Sonderregelungen sind dabei immer und ausnahmslos kontraproduktiv.

Die Regierung plant eine Dokumentationsstelle zum politischen Islam. Wie muss eine solche Einrichtung arbeiten und was erwarten bzw. erhoffen Sie sich davon?

Der Dokumentationsstelle fallen die von mir genannten Aufgaben der Generierung von notwendigem Basiswissen und seiner Bereitstellung für die Allgemeinheit zu. Sie hätte damit europaweit eine Pionierrolle. Sie sollte außerdem die vorhin von mir aufgeführte Debattenkultur voranbringen.

Kann der politische Islam die Entstehung von Parallelgesellschaften fördern?

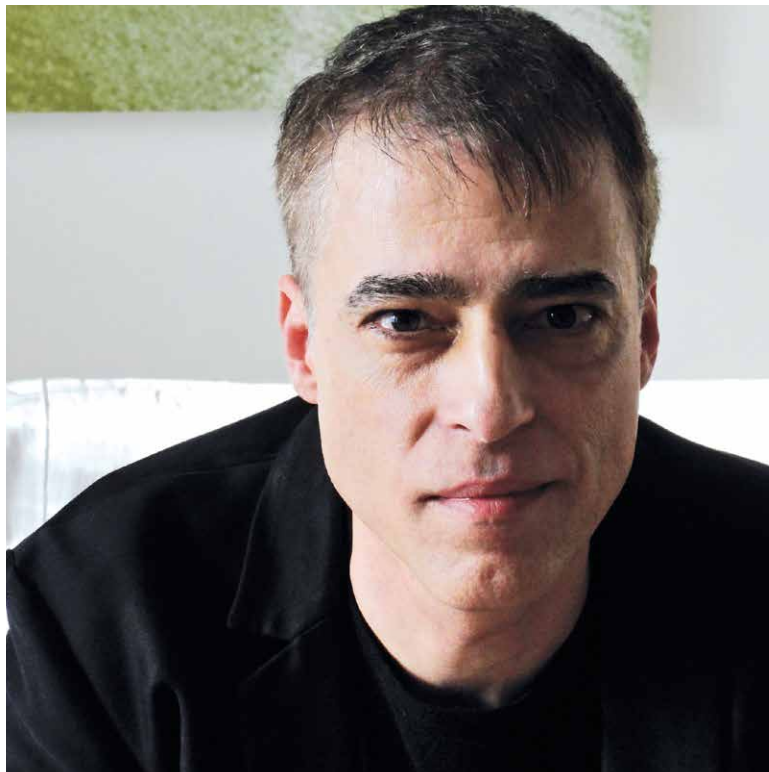
Der politische Islam fördert immer Parallelgesellschaften, da ein Leben nach islamistischen Normen außerhalb islamistisch geprägter Enklaven nicht möglich ist. Bislang existieren in Österreich allenfalls Parallelstrukturen, aber noch keine Parallelgesellschaften. In Belgien, Frankreich oder Großbritannien ist dies anders. Der renommierte französische Islamwissenschaftler Bernard Rougier hat 2019 eine Studie veröffentlicht, der zufolge in Frankreich bereits 150 Territorien in der Hand von Islamisten sind. Dort sind Frauen aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen, Kinder gehen in islamische Schulen und die Polizei betritt die Viertel nicht mehr. Der Staat ist nicht mehr präsent, der politische Islam bestimmt den Alltag. So etwas sollte in Österreich und Deutschland unbedingt verhindert werden.

Susanne Schröter

gründete 2014 das „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“ (FFGI) und ist seitdem Direktorin der Einrichtung. Sie ist Professorin am Institut für Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorstandsmitglied des „Deutschen Orient-Instituts“ und des „Hessischen Forums Religion und Gesellschaft“ sowie Senatsmitglied der „Deutschen Nationalstiftung“. Zu ihren Publikationen zählen unter anderem „Politischer Islam. Stresstest für Deutschland“ und „Herausforderungen im Umgang mit Parallelgesellschaften. Grundlagenanalyse zur Situation in Österreich im europäischen Vergleich“.

Im Gespräch

Heiko Heinisch



Heiko Heinisch hebt hervor, dass der demokratische Staat sich gegenüber jenen, die ihn beseitigen oder zerstören wollen, wehrhaft zeigen muss. Zwar gilt auch für extreme Meinungen die Meinungsfreiheit, aber das bedeutet nicht, dass ihnen Staat und Politik nicht entschieden entgegen-treten sollten und immer dann, wenn gesetzliche Schranken wie etwa Volksverhetzung und Aufrufen zu Gewalt gebrochen werden, auch konsequent dagegen vorgehen.

„Der demokratische Staat muss sich gegenüber jenen, die ihn beseitigen oder zerstören wollen, wehrhaft zeigen.“

Wie definieren Sie Extremismus bzw. Radikalisierung?

Zunächst würde ich die beiden Begriffe trennen, denn sie bezeichnen Unterschiedliches. Extremismus benennt eine – aus dem Blickwinkel der Gesellschaft – extreme politische Ideologie, während Radikalisierung die Entwicklung von Menschen in diese Ideologie hinein beschreibt.

Beginnen wir mit Extremismus.

Zur Definition von Extremismus ist es zunächst notwendig, die Norm zu fassen, von der ausgehend eine politische Position als extrem, also weit außerhalb dieser Norm liegend, bezeichnet werden kann. In einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft sind das alle politischen Positionen, die Demokratie, allgemeine Menschenrechte, Pluralität der Gesellschaft und den Rechtsstaat prinzipiell infrage stellen. Das kann, muss aber nicht zwangsläufig mit Gewaltbereitschaft einhergehen. Radikalisierung ist dementsprechend die Entwicklung eines Menschen – oder auch einer Gruppe von Menschen – von einer politischen Position, die sich noch innerhalb des normativen Rahmens befindet, hin zu einer Position, die extrem im oben definierten Sinne ist, also außerhalb des normativen Rahmens liegt. Den Abschluss dieser Entwicklung bildet eine radikale Position, die dann auch den diskursiven Rahmen der Gesellschaft sprengt und Gewalt als Bestandteil der politischen Auseinandersetzung propagiert und anwendet.

Welche Formen von Extremismus sind für Europa die gefährlichsten?

Die größten Gefahren gehen aktuell von islamischem und rechtem Extremismus aus, die sich noch dazu gegenseitig befeuern, aber auch von einem linken Extremismus, der ebenfalls die menschenrechtlichen und demokratischen Grundlagen der Gesellschaft bekämpft.

Und welche konkreten Gefahren gehen davon aus?

Ausgehend von der oben beschriebenen Definition besteht die Gefahr von Extremismus prinzipiell, also unabhängig von der ideologischen Grundlage des Extremismus, darin, dass extremistische Strömungen das Ziel verfolgen, das bestehende gesellschaftliche, staatliche und rechtliche System zu zerstören. Auch wenn ich aktuell keine extremistische Strömung sehe, die unmittelbar erfolgreich sein könnte, so bestehen dennoch zwei mittelbare Gefahrenpotenziale: Sowohl aufseiten islamischer Extremisten und ihres Umfelds als auch aufseiten eines rechten Extremismus bzw. jeweils schon im Vorfeld – also bei Organisationen und Personen, die dieselbe Ideologie teilen, aber sich noch nicht auf extremistischen Positionen befinden – wird an Erzählungen gearbeitet, die potenziell zu einer Spaltung der Gesellschaft beitragen. Auf der Seite des islamischen Extremismus ist es die Erzählung von der Diskriminierung der Muslime in Österreich oder Europa.

Sie sehen keine Diskriminierung von Muslimen in Europa?

Dass es Diskriminierung gibt, die speziell Muslime trifft, will ich nicht infrage stellen. Aber in der politisch islamischen Propaganda wird die vorhandene Diskriminierung übersteigert und zu einem Bedrohungsszenario aufgebaut, das mit der dadurch erzeugten Angst versucht, Muslime an diese Strömungen zu binden – eine Art „Schließt die Reihen!“ gegen das feindlich gesinnte Außen, die nicht- oder andersgläubige Gesellschaft. Das Gleiche passiert mit anderem Vorzeichen auch in der rechten Propaganda. Hier wird die reale Gefahr, die von islamischen Extremisten oder ganz allgemein vom Islamismus ausgeht, auf alle Muslime ausgedehnt, um Angst in der übrigen Bevölkerung zu schüren. Kurz: Beide Seiten arbeiten mit dem Mittel der Angst an einer Spaltung der Gesellschaft entlang des identitären Markers „Muslim“. Darüber hinaus – und Anzeichen dafür gibt es bereits – besteht die Gefahr, dass der Gesetzgeber unter dem Eindruck islamistischer Anschläge immer stärker auf den Ruf nach mehr Sicherheit reagiert und durch immer neue Gesetze persönliche Freiheit der Sicherheit geopfert wird. Das bedeutet in letzter Konsequenz, dass wir das, was wir eigentlich gegen den Extremismus jeglicher Couleur verteidigen sollten – die Freiheits- und Menschenrechte – unter dem Eindruck der Gefahr aufgeben.

Welche Faktoren und Umstände begünstigen Extremismus bzw. Radikalisierung?

Ganz allgemein Zeiten der Unsicherheit. In den vergangenen gut 20 Jahren etwa Änderungen in der Arbeitswelt, Stichwort Digitalisierung, ökonomische Unsicherheit aufgrund scheinbarer Dauerkrisen wie etwa der Banken- und Finanzkrise seit rund einem Jahrzehnt oder aktuell der Coronakrise. Und nicht zuletzt auch die Fluchtbewegungen der letzten fünf Jahre, die zu rasanten Veränderungen in der gesamten Gesellschaft und besonders in einzelnen Regionen und Stadtvierteln führen. Gesellschaftliche Veränderungen, in denen sich Lebensumstände der Einzelnen ändern, die sich aber gleichzeitig aufgrund ihrer Komplexität dem unmittelbaren Einfluss der einzelnen Menschen entziehen, erzeugen Ängste und machen Menschen anfällig

„Gesellschaftliche Veränderungen, in denen sich Lebensumstände der Einzelnen ändern, die sich aber gleichzeitig aufgrund ihrer Komplexität dem unmittelbaren Einfluss der einzelnen Menschen entziehen, erzeugen Ängste und machen Menschen anfällig für die einfachen Antworten und Lösungen, wie sie von extremistischen Gruppen angeboten werden.“

für die einfachen Antworten und Lösungen, wie sie von extremistischen Gruppen angeboten werden. Kommt noch hinzu, dass einzelne Themen tabuisiert werden, wie das rund um gesellschaftlich relevante Themen wie Zuwanderung und die Etablierung des Islam in Europa passiert, profitieren davon ebenfalls vor allem extremistische Gruppen, denen diese Themen überlassen werden. Vor allem rechte Parteien und Gruppierungen haben in den letzten Jahrzehnten davon gelebt, einzelne Themen im öffentlichen Diskurs als einzige einzubringen. Das hat sie letztlich groß gemacht.

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die sozialen Medien?

Die sozialen Medien, die es Menschen sehr einfach machen, sich in Meinungsblasen zurückzuziehen, aus denen jeder Widerspruch verbannt wird, haben in diesem Bereich einen Verstärkereffekt. Je mehr sich Menschen aber in Meinungsblasen zurückziehen, umso mehr ziehen sie sich auch aus dem gesamtgesellschaftlichen Streit der Meinungen zurück, der die Grundlage der Demokratie ist. Das, was heute als „Fake News“ firmiert, ist nur ein Symptom dieser Entwicklung, denn „Fake News“ können nur gedeihen, wenn sie in diesen Echokammern der Meinungen geteilt werden. Sie entfalten ihre Wirkung vor allem unter denen, die ohnehin alle in etwa derselben Meinung anhängen. Innerhalb dieser Meinungsblasen haben es extremistische Ansichten dann leicht, sich durchzusetzen. Das zeigen sowohl rechte als auch islamistische Foren im Internet.

Wie soll bzw. kann der Staat mit Extremismus umgehen?

Der demokratische Staat muss sich gegenüber jenen, die ihn beseitigen oder zerstören wollen, wehrhaft zeigen. Zwar gilt auch für extreme Meinungen die Meinungsfreiheit, aber das bedeutet nicht, dass ihnen Staat und Politik nicht entschieden entgegenzutreten sollten und immer dann, wenn gesetzliche Schranken wie etwa Volksverhetzung, Aufrufe zu Gewalt und Drohungen gebrochen werden, auch konsequent dagegen vorgehen. Extremistischen Ideologien sollte so wenig Raum wie möglich eingeräumt werden. Hier sehe

„Extremismus benennt eine – aus dem Blickwinkel der Gesellschaft – extreme politische Ideologie, während Radikalisierung die Entwicklung von Menschen in diese Ideologie hinein beschreibt.“

„Je mehr sich Menschen aber in Meinungsblasen zurückziehen, umso mehr ziehen sie sich auch aus dem gesamtgesellschaftlichen Streit der Meinungen zurück, der die Grundlage der Demokratie ist.“

„Extremistischen Strömungen sollte, unabhängig von ihrer ideologischen oder religiösen Grundlage, begegnet werden. Religionsfreiheit darf hier kein Schutz für Extremismus und abwertende Einstellungen sein.“

ich, vor allem was den islamischen Extremismus betrifft, etliche Versäumnisse. Oft scheint es in diesem Bereich der „Religion“ bei staatlichen Stellen noch an Wissen über Ideologien und Organisationsstrukturen zu mangeln, was dazu führt, dass immer wieder staatliche Stellen oder einzelne Politiker mit Organisationen zusammenarbeiten, die ich als extremistisch bezeichnen würde, deren Vertreter aber zum Teil als Partner in der Prävention und Deradikalisierung betrachtet werden. Scheinbar gibt es hier eine gewisse Scheu, genauer hinzusehen, weil es sich einerseits um eine Religion handelt, und diese andererseits vor allem von Migranten und deren Nachfahren ausgeübt wird. Diese Scheu muss meiner Meinung nach überwunden werden. Menschen, die hier leben, sind, unabhängig davon, wo sie selbst oder ihre Vorfahren herkommen, Teil dieser Gesellschaft und sollten auch als solcher gesehen und behandelt werden: Als gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen. Extremistischen Strömungen sollte, unabhängig von ihrer ideologischen oder religiösen Grundlage, begegnet werden. Religionsfreiheit darf hier kein Schutz für Extremismus und abwertende Einstellungen sein.

Und was kann die Zivilgesellschaft tun?

Um extremistischen Meinungen zu begegnen, halte ich es für wichtig, dass die Themen der Extremisten, egal welcher Couleur, nicht tabuisiert, sondern aufgegriffen und offen diskutiert werden. Es gibt kein Thema, das nicht Bestandteil eines offenen und demokratischen Diskurses sein könnte. Jede Tabuisierung von Themen hilft letztlich nur den Tabubrechern an den extremen Rändern der Gesellschaft. Am Beispiel des Rechtspopulismus: Nichts hat rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr geholfen als die Angst, ihnen mit Kritik am Islam, an islamischen Organisationen und an Missständen und Menschenrechtsverletzungen innerhalb mancher muslimischer Communitys in die Hände zu spielen. Diese Angst führt seit einigen Jahren zu der grotesken Situation, dass es ausgerechnet rechte, nationalistisch und völkisch eingestellte Gruppen sind, die den Kampf für Menschenrechte, insbesondere für Frauenrechte und für Meinungsfreiheit, für sich reklamieren, um damit ihre eigene extremistische Agenda zu verfolgen. Man könnte das

geradezu als Treppenwitz der Geschichte bezeichnen. Nicht die offene Debatte nützt ihnen, sondern das Tabu.

Fallen Ihnen historische Beispiele für Extremismus ein?

Prinzipiell bietet jede Ideologie oder Religion, also jede Weltanschauung, die den Besitz einer Wahrheit für sich reklamiert, ein Potenzial für extremistische Strömungen. Daher finden wir solche auch bei jeder politischen oder religiösen Weltanschauung in der Vergangenheit und Gegenwart, ob im Christentum, Judentum, im Nationalismus, Kommunismus und aktuell als sehr breite Strömung im Islam.

Blicken wir in die Zukunft: Wie wird sich Extremismus Ihrer Meinung nach entwickeln? Welche Formen befürchten Sie für Europa?

Ich bin nicht sehr optimistisch, was die Entwicklungen in der nahen Zukunft betrifft. Aktuell erleben wir in Europa meiner Meinung nach ein Ansteigen vor allem eines nationalistischen und eines islamischen Extremismus, die sich zudem gegenseitig befeuern. Und bislang haben weder Politik noch Zivilgesellschaft eine wirksame Antwort auf dieses Phänomen gefunden. Daher gehe ich zunächst von einem weiteren Anstieg dieser beiden extremistischen Strömungen aus, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt massiv gefährden kann.

„Jede Tabuisierung von Themen hilft letztlich nur den Tabubrechern an den extremen Rändern der Gesellschaft.“

Heiko Heinisch

ist Historiker und Autor in Österreich. Nach seinem Studium der Geschichte war er als freier Mitarbeiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für historische Sozialwissenschaft und des Instituts für Islamische Studien der Universität Wien tätig. Seine Forschungsschwerpunkte erstrecken sich von Antisemitismus bis hin zu Islam und Integration.

Im Gespräch

Bassam Tibi



Bassam Tibi erläutert, dass es einen Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Identitätsproblemen gibt, denn die Aufnahmegesellschaft bietet diesen Menschen keine Identität. Die Menschen suchen nach Identifikation und finden sie teilweise bei Bewegungen wie dem Islamischen Staat. Wobei das der Extremfall der Radikalisierung ist. Viel häufiger ziehen sie sich in Parallelgesellschaften zurück.

„Ich bin natürlich ohne Wenn und Aber für kulturelle Vielfalt bzw. Kulturpluralismus, aber er muss gebunden sein an Konsens. Wir zwei sind verschieden, aber unser Konsens ist religiöse Toleranz und gegenseitiger Respekt.“

Wie definieren Sie Extremismus bzw. Radikalisierung?

Ich bin Philosoph und spreche fünf Sprachen, aber Deutsch ist meine Lieblingssprache, weil man sich auf Deutsch sehr differenziert artikulieren kann. Nur findet gerade eine Verwehrlosung der deutschen Sprache statt, dazu gehört auch der Begriff „radikal“ in Zusammenhang mit Radikalisierung. Denn „radikal“ hieß ursprünglich „gründlich“. Im 19. Jahrhundert war radikales Denken gründliches Denken. In der Verwehrlosung der Sprache ist aus „radikal“ leider „kriminell“ geworden. Nun zu Ihrer Frage: Junge Muslime

„Radikal-religiöse Bewegungen wie der Islamische Staat hingegen bieten sehr wohl eine Identität. Sich diesen Bewegungen anzuschließen, ist für diese jungen Leute wie eine Psychotherapie.“

in Ländern wie Deutschland, Österreich und Frankreich – also in Ländern, in denen die Integration gescheitert ist – haben Identitätsprobleme. Sie fragen sich: „Bin ich Türke, bin ich Afghane, bin ich Deutscher?“ Es gibt einen Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Identitätsproblemen, denn die Aufnahmegesellschaft bietet diesen Menschen keine Identität. Radikal-religiöse Bewegungen wie der Islamische Staat hingegen bieten sehr wohl eine Identität. Sich diesen Bewegungen anzuschließen, ist für diese jungen Leute wie eine Psychotherapie. Ich bin auch Psychologin und man muss unbedingt auch die psychologische Dimension sehen, wenn es um gescheiterte Integration geht und um das Versagen der Aufnahmegesellschaften, Identität zu stiften.

Wie kommt es zu diesen Identitätsproblemen unter jungen Menschen?

Die Zugehörigkeit ist sehr wichtig. Ich habe mit Ausnahme von Lateinamerika und China in der ganzen Welt gelebt. Und damit meine ich nicht, dass ich die ganze Welt bereist habe, sondern ich habe dort wirklich gelebt und gearbeitet. Und dabei habe ich gelernt, dass man einen Anker braucht. Der Vorteil der amerikanischen

„Die Menschen suchen nach Identifikation und finden sie teilweise bei Bewegungen wie dem Islamischen Staat. Wobei das der Extremfall der Radikalisierung ist. Viel häufiger ziehen sie sich in Parallelgesellschaften zurück. Dort sind sie unter Gleichgesinnten und fühlen sich emotional akzeptiert.“

Gesellschaft beispielsweise ist, dass es dort das sogenannte „Sense of Belonging“ gibt. Also ein Gefühl für Zugehörigkeit. Vor dem Irak-Krieg habe ich in einer Militärkaserne nahe Washington gelebt. Dort gab es amerikanische, afrikanische und orientalische Soldaten. Sie alle hatten das „Sense of Belonging“.

Sie waren der Überzeugung, dass sie zu Amerika und Amerika zu ihnen gehört.

Genau. Diese Zugehörigkeit wird in den USA von der Zivilgesellschaft gefördert. Ich war 18 Jahre Gastprofessor an der Universität von Harvard und war immer „Member of the Community“. An der Universität in Göttingen war ich 37 Jahre als ordentlicher Professor tätig, hatte ein eigenes Institut mit Assistenten, man hat mich aber immer wie einen Ausländer behandelt. Vom ersten bis zum letzten Tag. Mit der Universität in Göttingen kann ich mich daher nicht identifizieren. Mit der Harvard-Universität sehr wohl. Ein anderes Beispiel: Ich war in Deutschland zu Gast in einer Talkshow und wurde gefragt, wie ich denn als Syrer zu einem gerade diskutierten Thema stehe. Ich meinte dann, dass ich kein Syrer, sondern Deutscher bin. Daraufhin wurde ich gefragt, ob ich mich schäme, Syrer zu sein. Ich komme aus einer aristokratischen Familie in Damaskus, ich muss mich nicht schämen. Nur bin ich Deutscher und möchte Deutscher sein, aber mir wird ständig suggeriert, ich sei keiner.

Das heißt, ein Gefühl von Ausgrenzung und die Suche nach Identität können Radikalisierungen begünstigen?

Natürlich. Wobei es verschiedene Stufen von Identitäten gibt: die individuelle Identität und die soziale Identität, also die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, einer Nation etwa oder einer Kultur. Der Begriff Ausgrenzung korrespondiert mit Radikalisierung. Ausgrenzung ist zwar eine Wahrnehmung, die richtig oder falsch sein kann – aber empfindliche Menschen, wie ich einer bin, empfinden Gesten schnell als Ausgrenzung, obwohl sie vielleicht nicht so gemeint waren. Und junge Muslime, beispielsweise in Berlin, fühlen sich ausgegrenzt bzw.

nicht akzeptiert. Ich habe mit vielen gesprochen. Ich weiß, wovon ich spreche. Ein Beispiel: Ein Taxifahrer in Berlin war sehr unhöflich und abweisend mir gegenüber. Ich habe seinen türkischen Akzent erkannt und habe ihm auf Türkisch gesagt, dass ich auch ein Muslim bin. Er fragte mich daraufhin, warum ich mich dann wie ein Deutscher benehme. Er ist mit 18 nach Deutschland gekommen und fühlt sich immer noch als Türke, weil er der Meinung ist, er werde in Deutschland nicht akzeptiert. Die Menschen suchen nach Identifikation und finden sie teilweise bei Bewegungen wie dem Islamischen Staat. Wobei das der Extremfall der Radikalisierung ist. Viel häufiger ziehen sie sich in Parallelgesellschaften zurück. Dort sind sie unter Gleichgesinnten und fühlen sich emotional akzeptiert. Wenn sie die Parallelgesellschaften wieder verlassen, sind sie verunsichert.

Welche grundsätzlichen Gefahren bringen Radikalisierungen mit sich?

Die Gefahren sind sehr facettenreich. Die schlimmste Gefahr ist, wie gesagt, die Hinwendung zu dschihadistischen Gruppen. Daneben gibt es viele kleinere Gefahren. Und zwar die, dass Leute außerhalb ihres Gemeinwesens leben und Parallelgesellschaften bilden. Der Begriff Multikulturalismus wird falsch verstanden. Ich bin natürlich ohne Wenn und Aber für kulturelle Vielfalt bzw. Kulturpluralismus, aber er muss gebunden sein an Konsens. Wir zwei sind verschieden, aber unser Konsens ist religiöse Toleranz und gegenseitiger Respekt. Den Muslimen muss klar sein, dass sie niemandem überlegen sind. Multikulturalismus heißt auf Englisch „anything goes“. Im Gegensatz dazu muss sich also alles im Rahmen zivilgesellschaftlicher Regeln abspielen.

Wie soll bzw. kann der Staat mit Extremismus bzw. Radikalisierung umgehen?

In Deutschland gibt es derzeit die Debatte über eine Leitkultur. Die Forderung nach einer Leitkultur als wertebazogene Hausordnung für ein Gemeinwesen ist legitim, darf aber nicht vom Staat getragen werden, das ist eine Aufgabe für die Zivilgesellschaft. Und zwar mit

„Die schlimmste Gefahr ist, wie gesagt, die Hinwendung zu dschihadistischen Gruppen. Daneben gibt es viele kleinere Gefahren. Und zwar die, dass Leute außerhalb ihres Gemeinwesens leben und Parallelgesellschaften bilden. Der Begriff Multikulturalismus wird falsch verstanden.“

Maßnahmen wie Bildung. In Deutschland betreibt der Verein DITIP, der Dachverband für die Koordinierung der religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der angeschlossenen türkisch-islamischen Moscheegemeinden in Deutschland, eine Politik der Desintegration. Der Staat erlaubt dem Verein, an der Erziehung von Kindern mitzuwirken. DITIP will nicht, dass sich türkische Kinder wie Deutsche fühlen und zu Deutschen werden. Dabei kann jeder zu einem Deutschen werden, sofern er das Gemeinwesen mitträgt. Denn Europa ist eine Einwanderungsgesellschaft geworden. Es gibt einen kulturellen Wandel, der allerdings sehr langsam voranschreitet. Dabei müssen beide – sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Zuwanderer – diesem Wandel folgen und sich ändern. Diese Veränderung kann man aber nicht staatlich anordnen, bestimmen oder lenken, sondern höchstens fördern.

Was kann die Zivilgesellschaft konkret machen, um diesem Wandel gerecht zu werden?

Fußball ist ein gutes Beispiel für diese Entwicklung. Es gibt türkische und afrikanische Fußballer, die von allen akzeptiert werden. Und türkische Vereine, in denen Türken und Deutsche spielen. Solche Entwicklungen gehören gefördert, um Radikalisierung nach Möglichkeit zu unterbinden. Denn ein rein türkischer Verein wäre eine Parallelgesellschaft. In Berlin gibt es türkische, arabische, pakistanische und bosnische Moscheen, deren Besucher nicht einmal untereinander Kontakt haben. Ethnizität und Religion können also Faktoren der Exklusion sein, auch seitens der Einwanderer, nichts nur seitens der Aufnahmegesellschaft.

Welche historischen Beispiele für Radikalisierung fallen Ihnen ein?

Die Anschläge vom 11. September beispielsweise wurden von einer islamischen Gesellschaft in Europa vorbereitet und verübt. Darunter waren Libanesen, Algerier und Ägypter. Sie lebten zwar in Europa, hatten aber einen derartigen Hass auf den Westen, dass sie bereit waren, so etwas zu tun.

„Dieses Kopftuch ist ein Symbol der Selbstausgrenzung. Man signalisiert dadurch unmissverständlich: ‚Wir gehören nicht zu euch.‘ Solche Kopftücher nehmen zu. Und kein Symbol ist so kräftig wie dieses Kopftuch.“

Wagen Sie einen Ausblick? Wie wird sich Extremismus in Zukunft entwickeln?

Gehen wir vom Kopftuch aus, um eine Prognose zu stellen. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland sehe ich immer mehr Frauen, die ein Kopftuch tragen. Dabei gibt es drei Arten von Kopftüchern: das Kopftuch als Tracht, wie man sie in Ländern wie der Türkei und Syrien oft auf dem Land sieht. Dieses Kopftuch wird nicht so streng gehandhabt, so sieht man beispielsweise immer noch Haare. Dann gibt es das Kopftuch aus Religiosität. Auch hier sind oft noch Haare zu sehen und es gibt durchaus schicke Modelle. Und schließlich gibt es noch das islamistische Kopftuch, das sind oft zwei- oder mehrfache Lagen, die alle Haare bedecken. Dieses Kopftuch ist ein Symbol der Selbstausgrenzung. Man signalisiert dadurch unmissverständlich: „Wir gehören nicht zu euch.“ Solche Kopftücher nehmen zu. Und kein Symbol ist so kräftig wie dieses Kopftuch.

Tragen die Frauen dieses Kopftuch zumeist von sich aus oder werden sie gezwungen, was meinen Sie?

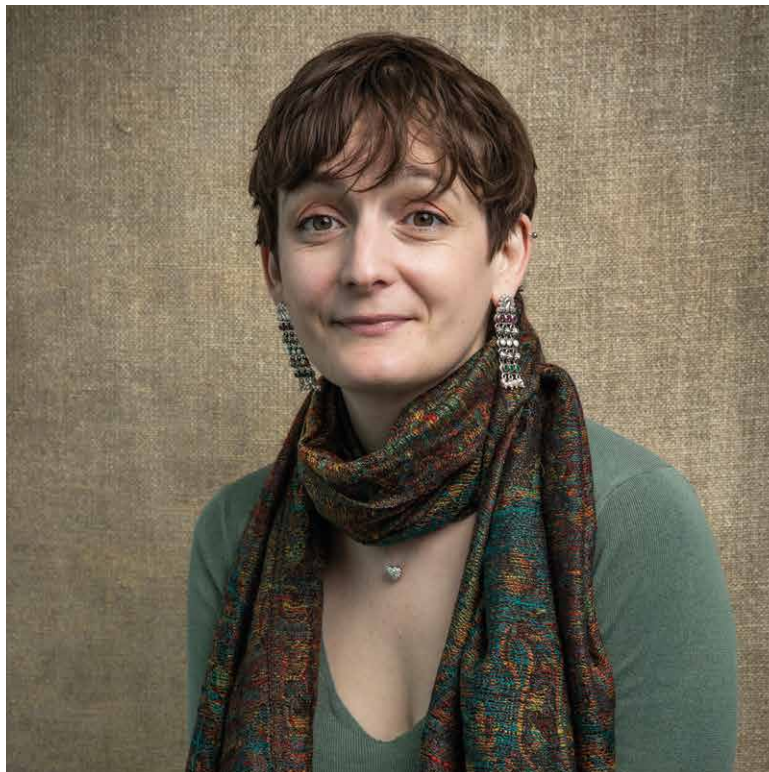
Es gibt beides. Manche machen es einfach nur aus Bockigkeit, wenn ich diesen nicht wissenschaftlichen Begriff benutzen darf. Weil sie schwach in ihrer Identität sind und der Aufnahmegesellschaft demonstrieren müssen, dass sie Musliminnen sind und sich nichts vorschreiben lassen. Im Koran steht im Übrigen nichts über eine Kopfbedeckung. Interessant ist aber die religiöse Begründung des Kopftuchs, das ja die Haare der Frau bedecken soll, die bei Männern einen sexuellen Reiz verursachen. Man muss also die Männer vor diesen Reizen schützen. Wie unlogisch das ist, sieht man an Frauen, die zwar ein Kopftuch tragen, aber perfekt geschminkt sind und hautenge Hosen anziehen. Verzeihen Sie, wenn ich das sage, aber für mich als Mann ist ein knackiger Po reizvoller als Haare. Daran sieht man, dass das Kopftuch nichts mit Religion zu tun hat, sondern eine Integrationsverweigerung darstellt – diesen Begriff habe ich in Deutschland geprägt. Solche Leute darf man aber nicht provozieren, weil sie sich sonst noch bockiger verhalten. Man muss sie mit Samthandschuhen anfassen.

Bassam Tibi

gilt als einer der international bekanntesten Islamexperten und ist Begründer des Begriffs „Euro-Islam“ sowie der Wissenschaft der historisch-sozialwissenschaftlichen Islamologie als Analyse des postbipolaren Konflikts. Er wurde in Syrien geboren und ging für sein Studium nach Deutschland. Er lehrte u. a. an der Universität Göttingen, Yale und Harvard University. Zudem ist er Autor zahlreicher Bücher und wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, dem Jahrespreis der Schweizer Stiftung für Abendländische Besinnung sowie dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse ausgezeichnet.

Im Gespräch

Katherine Brown



Katherine Brown ist der Überzeugung, dass Radikalisierung immer dann wahrscheinlicher wird, wenn die Menschen nicht richtig aufgeklärt und unterstützt werden. Extremistische Ideologien versuchen immer, ihre Sicht der Dinge als die einzig wahre darzustellen, und bieten eine einfache Lösung für Menschen, die vielleicht mit schwierigen äußeren Umständen zurechtkommen müssen.

„Eine Spaltung und Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft kann man ja jetzt schon erkennen.“

Wie definieren Sie Extremismus bzw. Radikalisierung?

Der Begriff Radikalisierung ist in den vergangenen Jahren richtiggehend zu dem Modewort schlechthin geworden. Wissenschaftler und Politiker haben versucht, zu verstehen, was genau eigentlich passiert, bevor irgendwo eine Bombe explodiert. Mit der Verwendung dieses Begriffs wird auch versucht, der Bildung von Vorurteilen entgegenzuwirken, die zwangsläufig entstehen, wenn bestimmte Gruppen oder Einzelpersonen als Terroristen bezeichnet werden. Denn der Begriff Radikalisierung lenkt unseren Blick, unsere Aufmerksamkeit mehr auf das Individuum, auf den einzelnen Menschen und nicht auf eine ganze Gruppe oder die Ursache. Unter Radikalisierung wird jene Entwicklung verstanden, bei der sich ein Mensch einer extremistischen Ideologie anschließt.

Und diese Ideologien erheben den Anspruch, die einzig wahre zu sein?

Genau, sie verschließen sich anderen Ansichten von außen und weigern sich, offen gegenüber anderen zu sein, die anders handeln oder glauben. Eine spezielle Untergruppe dieser Ideologien ist der gewaltbereite, gewalttätige Extremismus. Hier werden Individuen und ganze Gruppen darauf vorbereitet, eine bestimmte Weltanschauung gewalttätig zu verbreiten. Der Radikalisierungsprozess an sich ist jedoch erst wenig erforscht und zudem äußerst vielfältig

– daher ist es schwer möglich, eine allgemeine Definition aufzustellen. Eines jedoch ist stets der Fall: die Bereitschaft, an extremistischen Überzeugungen festzuhalten und sie zu verteidigen.

Welche Arten von Radikalisierung gibt es?

Radikalisierung kann selten ausschließlich politisch, sozial oder religiös verstanden werden. In den meisten Fällen spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Es wäre ein Fehler, nur einen einzigen Aspekt zu untersuchen, wenn man sich mit der Propaganda von radikalen Gruppen beschäftigt.

Dann stelle ich die Frage anders: Was genau ist das Gefährliche an Radikalisierung bzw. Extremismus?

Die Gefahr besteht darin, dass Menschen sich weigern, ihre Lebensumstände, ihre Welt mit anderen zu teilen. Extremismus heißt aber auch, dass man davon überzeugt ist, es gäbe nur eine einzige Art, zu glauben und zu leben. Alle anderen Lebensformen und Einstellungen werden abgelehnt, man spricht ihnen sogar das Existenzrecht ab. Dadurch wird die Vielfalt unserer Gesellschaft bedroht – uns allen, ja der gesamten Gesellschaft würden somit in Zukunft weniger Türen offen stehen. Eine Spaltung und Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft kann man ja jetzt schon erkennen.

Welche Umstände und Faktoren fördern Radikalisierung, die zu dieser Spaltung geführt haben?

Studien kommen zu dem Schluss, dass es ein Wechselspiel an Einflüssen gibt: Zur Geltung kommen sowohl Faktoren, durch die sich der Einzelne von der Mehrheitsgesellschaft entfernt, als auch Faktoren, die ihn in die Arme extremistischer Gruppen treiben. In einem Forschungsbericht der Organisation RAND werden mehr als 200 potenzielle Faktoren und Charakteristika der Radikalisierung definiert. Das allein zeigt auf, dass es nicht nur ein einziges Profil eines Extremisten oder bestimmte Eigenschaften gibt, an denen ich radikalisierte Individuen erkennen kann.

Das steht außer Zweifel, denke ich. Aber was ist Ihre persönliche Meinung, Ihre These?

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass Radikalisierung immer dann wahrscheinlicher wird, wenn die Menschen nicht richtig aufgeklärt und unterstützt werden. Extremistische Ideologien versuchen immer, ihre Sicht der Dinge als die einzig wahre darzustellen, und bieten eine einfache Lösung für Menschen, die vielleicht mit schwierigen äußeren Umständen zurechtkommen müssen. Wir müssen also der Frage nachgehen, wo es der Gesellschaft nicht gelingt, die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln, um der Anziehungskraft radikaler Ansichten nicht zu erliegen, oder Alternativen zur Radikalisierung aufzuzeigen. Und wenn wir als Gesellschaft wollen, dass unsere liberalen demokratischen Werte tragfähige Alternativen zu Extremismus

„Jegliche Form von Extremismus oder Radikalisierung ist gefährlich, egal, ob sie durch Regierungen ausgeübt wird oder auch durch NGOs oder ‚einsame Wölfe‘.“

darstellen, müssen wir dafür sorgen, dass diese Werte für Minderheiten ebenso gelten und strukturelle Nachteile ausgeglichen werden. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass die notwendigen Fähigkeiten, um als vollwertige Bürger ungeachtet der Wurzeln, gesellschaftlichen Schicht oder des Geschlechts an einer liberalen Gesellschaft teilzunehmen, auch vermittelt und gefördert werden. Wenn ich diese Meinung äußere, werde ich oft gefragt: Was ist mit Terroristen, die der Mittelschicht entstammen und gut ausgebildet sind?

Tatsächlich wollte ich das jetzt auch fragen. Was antworten Sie dann?

Ich weise immer darauf hin, dass sich Menschen, auch wenn sie selbst keine Diskriminierungserfahrung gemacht haben, ganz stark mit jenen identifizieren, die Benachteiligung erfahren. Sie sehen sich sozusagen als deren „Stellvertreter“ – und wenn liberale Demokratien und ihre Regierungen hier nicht rechtzeitig reagieren und vor Benachteiligung und Diskriminierung die Augen verschließen, kann es rasch zu Radikalisierung kommen.

Welche Arten von Radikalisierung sind eigentlich am gefährlichsten für Europa?

Jegliche Form von Extremismus oder Radikalisierung ist gefährlich, egal, ob sie durch Regierungen ausgeübt wird oder auch durch NGOs oder „einsame Wölfe“.

Wie sollen Regierungen mit radikalen Tendenzen umgehen? Welche Rechte und Pflichten hat eine Regierung in so einem Fall?

Regierungen per se haben keine Rechte. Rechte dienen dazu, Bürger und Gemeinschaften vor Regierungen und deren Macht zu schützen. Das ist eine ganz wichtige Grundlage der Menschenrechte. In der Vergangenheit haben Regierungen das nur allzu oft vergessen und das Kräfteverhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern zu ihren Gunsten verschoben. Regierungen haben Verpflichtungen und tragen Verantwortung gegenüber den Bürgern, sie alle gleichwertig zu behandeln und Möglichkeiten zu schaffen für jene, die ihrer Rechtsprechung unterliegen.

„Extremistische Ideologien versuchen immer, ihre Sicht der Dinge als die einzig wahre darzustellen, und bieten eine einfache Lösung für Menschen, die vielleicht mit schwierigen äußeren Umständen zurechtkommen müssen.“

Daher müssen Maßnahmen gegen extremistische und radikale Tendenzen immer dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit entsprechen – und es darf keine Ausnahmen geben.

Wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht?

Ja, weil Regierungen zu Maßnahmen gegriffen haben, die bestimmte Communitys eher isoliert und stigmatisiert haben, anstatt zuzugeben, dass es extremistische Tendenzen gibt und dass der Kampf dagegen uns alle angeht, nicht nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen.

Und wie soll die Zivilgesellschaft mit Radikalisierung umgehen?

Eigentlich verfügt die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Extremismus und Radikalisierung über bessere Mittel als die Regierungen – vor allem dann, wenn noch keine Gewalt oder kriminelle Tat passiert ist. Immer da, wo Regierungen eingeschritten sind, indem sie bestimmte Überzeugungen als akzeptabel oder eben nicht festgelegt haben, sind sie gescheitert bei ihrem Versuch, Extremismus und Radikalisierung einzudämmen. Im Gegensatz dazu kann die Zivilgesellschaft festlegen und deutlich zeigen, welches Verhalten vom Einzelnen akzeptiert wird. Denn es ist immer die Zivilgesellschaft, die die grundlegenden Überzeugungen und Werte vorgibt. Die Zivilgesellschaft kann gegen Extremismus und Radikalisierung kämpfen, indem gemeinsam alternative Möglichkeiten aufgezeigt werden – aber natürlich auch durch gewaltlosen Protest und die Verteidigung der gemeinsamen Werte.

Können extremistische oder radikale Entwicklungen rückgängig gemacht werden?

Ja, es gibt sogar dokumentierte Fälle, in denen Einzelpersonen ihre Gewaltbereitschaft überwunden haben. Ich meine, dass es sinnvoller ist, auf Entwaffnung und den Abbau von Strukturen zu setzen und somit rechtliche, politische und gesetzmäßige Möglichkeiten zu schaffen, extremistische und radikale Tendenzen hinter sich zu lassen. Änderungen des Verhaltens und des gesellschaftlichen Umgangs sind viel einfacher feststell- und messbar als Änderungen der Geisteshaltung und des Glaubens.

Gibt es historische Beispiele für Extremismus oder Radikalisierung?

Da gibt es sehr viele – die Frage ist allerdings, ob historische Beispiele im Zeitalter der Globalisierung überhaupt noch relevant sind. Sind die Beweggründe der anarchistischen Radikalen im russischen Zarenreich oder die Black-Power-Bewegung im Amerika der 1960er- und 1970er-Jahre für die heutige Zeit noch von Bedeutung? Kaum, denke ich.

Trauen Sie es sich zu, eine Prognose abzugeben? Was können Sie über die Entwicklung von Extremismus oder Radikalisierung in Zukunft sagen? Gibt es Trends?

Aktuell wird viel darüber diskutiert. Meiner Meinung nach werden extremistische Tendenzen von rechts-außen zunehmen. Zudem werden gewaltbereite Extremisten weiterhin den öffentlichen Raum ins Visier nehmen, vor allem jene Plätze, die für gelebte Vielfalt stehen.

Katherine Brown

ist Leiterin des Departments für Theologie und Religion an der University of Birmingham. Sie gilt als Expertin für weibliche Radikalisierung. Zuvor war sie als Vortragende am Institut für Verteidigungsstudien des Londoner King's College tätig und beschäftigte sich mit politischem Islam und islamistischem Terrorismus.

Im Gespräch

Ahmad Mansour



Ahmand Mansour fordert, dass kritisches Denken, die aktuellen politischen Vorgänge und die Vermittlung von Werten in der Schule eine größere Rolle spielen sollten. Oft sind die Schulen nicht in der Lage, den Eltern der Schüler oder den Vertretern von Moscheen etwas entgegenzusetzen. Die Lehrer müssen besser ausgebildet werden, um radikale Tendenzen früher zu erkennen und die richtigen Schritte zu setzen.

Wie definieren Sie Extremismus bzw. Radikalisierung?

Ich würde jede Einstellung und jedes Gedankengut, die andere Menschen abwerten, eine politische Dimension haben bzw. Grundprinzipien wie die Menschenrechte ablehnen und eine Ideologie – notfalls auch mit Gewalt – durchsetzen wollen, als Extremismus bezeichnen. Wobei ich speziell bei dem Begriff Radikalisierung von einem Prozess ausgehe, nicht von einem Ziel. Radikalisierung ist eine Entwicklung. Es ist schwer festzustellen, dass jemand radikal ist oder eben nicht. Jedenfalls weisen radikalisierte Menschen eine bestimmte Einstellung auf. Wenn Leute bereit sind, nach Syrien zu reisen und sich Terrormilizen anzuschließen, kann von man schon von Extremisten sprechen. Jugendliche hingegen, die sich beispielsweise antisemitisch äußern und sich unkritisch gegenüber dem politischen Islam zeigen, kann man nicht auf dieselbe Stufe stellen wie Extremisten. Diese befinden sich auf der, nennen wir es Radikalisierungs-Skala, erst am Anfang. Bleiben wir gleich bei diesen gefährdeten Jugendlichen.

Wie geht man am besten mit ihnen um?

Ich sehe die größte Chance darin, in erster Linie präventiv zu handeln. Wenn sich Jugendliche immer stärker radikalieren, hat das bestimmte Gründe und begünstigende Faktoren. Wenn wir diese Faktoren stoppen, können wir viel erreichen. Wie genau? Wir müssen Gegenangebote

„Ich würde jede Einstellung und jedes Gedankengut, die andere Menschen abwerten, eine politische Dimension haben bzw. Grundprinzipien wie die Menschenrechte ablehnen und eine Ideologie – notfalls auch mit Gewalt – durchsetzen wollen, als Extremismus bezeichnen.“

machen und den Jugendlichen Denkanstöße geben, ihnen Alternativen zeigen. Wir müssen die Räume, die ihre Radikalisierung vorantreiben, kleiner und enger machen.

Welche konkreten Gegenangebote könnten das sein?

Lassen Sie es mich anhand eines Beispiels erklären. Gehen wir von jemandem aus, der sich für den Islam interessiert und in einer persönlichen Krise steckt. Er hat beispielsweise schlechte Erfahrungen mit seiner Erziehung und mit der Gesellschaft gemacht, hat unter patriarchalen Strukturen in seiner Familie gelitten, wurde mit Ausgrenzung konfrontiert. Dieser Jugendliche ist sehr sensibel und empfänglich – natürlich auch für radikale Tendenzen, die er in vielen Moscheen und in sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter finden würde. Hier müssen wir als Gesellschaft ansetzen und diesem Jugendlichen andere Inhalte präsentieren, die ihn zum Nachdenken anregen. Die nicht aus Schwarzweiß-Bildern und typischen Täter-Opfer-Mustern bestehen. Dieser Jugendliche

sollte darüber hinaus Muslime kennenlernen, die den Islam liberal verstehen und ausüben. Man müsste zudem mit den Eltern dieses Jugendlichen Kontakt aufnehmen, ihm Bildung zugänglich machen. Auch in den Schulen müssten wir ansetzen und die Lehrer dabei unterstützen, radikale Tendenzen rechtzeitig zu erkennen. Kritisches Denken und politische Bildung sollten in den Lehrplan aufgenommen werden. So könnte man Radikalisierungen in der Anfangsphase erkennen und stoppen. Denn das Problem besteht leider wirklich darin, dass der Jugendliche in unserem Beispiel fast ausschließlich auf radikalisierungsfördernde Inhalte stößt, wenn er sich in sozialen Medien und in vielen Moscheen auf die Suche nach Wahrheiten begibt.

Heißt das zynisch formuliert, dass Extremisten die „bessere“ Sozialarbeit leisten, empfängliche Jugendliche früher erreichen und so für ihre Ziele rekrutieren und missbrauchen?

Traurigerweise muss man das so sehen, ja. Natürlich will ich nicht verallgemeinern und die Arbeit der vielen Sozialarbeiter und Lehrer gering schätzen, aber bisher haben die Extremisten bessere und schnellere Wege gefunden, Jugendliche zu erreichen und zu radikalisieren. Das ist nicht zu leugnen.

Bleiben wir kurz bei den Verantwortlichkeiten: Wie soll denn der Staat mit Extremismus bzw. Radikalisierung umgehen?

Der Staat alleine kann dieses Problem nicht lösen, wir stehen hier vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Sowohl der Staat als auch die Zivilgesellschaft müssen ihren Beitrag leisten und überall da, wo sich gefährdete Personen aufhalten, besagte alternative Angebote machen. Die konkrete Rolle des Staates ist zunächst einmal, die Lehrpläne so zu ändern, dass stärker über dieses Phänomen gesprochen wird. Kritisches Denken, aktuelle politische Vorgänge und die Vermittlung von Werten sollten in der Schule eine größere Rolle spielen. Oft sind die Schulen nicht in der Lage, den Eltern der Schüler oder den Vertretern von Moscheen etwas entgegenzusetzen.

Die Lehrer müssen besser ausgebildet werden, um radikale Tendenzen früher zu erkennen und die richtigen Schritte zu setzen. Sie brauchen dann Ansprechpartner wie Sozialarbeiter und Beratungsstellen, damit sie nicht bei jedem Verdacht in eine Situation kommen, in der sie die Polizei kontaktieren müssen. Zudem ist es die Aufgabe des Staates, die Partner auf der muslimischen Seite sorgfältiger auszusuchen. Manche Akteure, die in der Deradikalisierungsarbeit tätig sind, stammen aus dem politischen Islam und fördern die Radikalisierung von Jugendlichen, anstatt sie zu bekämpfen. Das führe ich auf die Hilflosigkeit, Ahnungslosigkeit und Naivität der Politik zurück. Denn Gelder haben wir für die Präventionsarbeit eigentlich genug, aber sie landen bei den falschen Partnern. Und am Ende wundert man sich, dass trotz des vielen Geldes, das investiert wurde, Radikalisierungsprozesse stärker werden. Und nicht schwächer.

„Wir müssen Gegenangebote machen und den Jugendlichen Denkanstöße geben, ihnen Alternativen zeigen. Wir müssen die Räume, die ihre Radikalisierung vorantreiben, kleiner und enger machen.“

Und welche spezifische Rolle würden Sie der Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang zuweisen?

Die Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, dass Jugendliche mit Identitätsproblemen wieder ein Wir-Gefühl vermittelt bekommen. Wir müssen als Gesellschaft aktiver werden, vor allem in den sozialen Medien. Denn dort können wir Gegen-Narrative schaffen. Mit Videos beispielsweise, die Jugendlichen ein anderes Islamverständnis vermitteln. Damit sie nicht nur die Videos der Extremisten sehen, in denen Muslime ausschließlich als Opfer und Feindbilder der Gesellschaft präsentiert werden. Es wäre natürlich hilfreich, wenn sich auch einmal die Muslime selbst die Frage stellen würden, wie innerhalb des Islam so ein Ungeheuer entstehen konnte; und was genau das mit dem Islam zu tun hat. Eine kritische Auseinandersetzung mit Radikalisierungstendenzen wäre also angebracht.

Braucht der Islam so etwas wie eine Reform?

Nennen Sie es, wie Sie wollen. Beim Begriff „Reform“ reagieren viele Muslime sehr sensibel und nehmen eine abwehrende Haltung ein. Wichtig wären eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Inhalten und das Anbieten neuer Interpretationen von Inhalten. Ob das der christliche Weg sein muss, weiß ich nicht. Ich persönlich bin jedenfalls einer Reformation nicht abgeneigt. Wir müssen eine Änderung herbeiführen, sonst werden wir künftigen muslimischen Generationen nicht ermöglichen können, religiös UND integriert zu sein. Wenn es uns nicht gelingt, die liberalen Kräfte im Islam zu unterstützen und im Kampf gegen Radikalisierung die falschen Partner rechtzeitig zu erkennen und auszuschließen, blicke ich nicht besonders optimistisch in die Zukunft.

„Kritisches Denken, aktuelle politische Vorgänge und die Vermittlung von Werten sollten in der Schule eine größere Rolle spielen.“

„Die Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, dass Jugendliche mit Identitätsproblemen wieder ein Wir-Gefühl vermittelt bekommen.“

„Was wir brauchen, ist in jedem Fall ein neues Islamverständnis, das ermöglicht, Texte im historischen Kontext zu verstehen; Gott nicht als Staatsanwalt zu sehen, von einer Angstpädagogik wegzukommen.“

Sie haben vorhin von „begünstigenden Faktoren“ gesprochen. Welche Faktoren und Umstände sind es, die Extremismus bzw. Radikalisierung fördern?

Bei den Faktoren unterscheide ich drei Ebenen. Zum ersten die psychologische Ebene: Bei den meisten Biografien von radikalisierten Menschen sind persönliche Krisen zu beobachten. Ein Todesfall, eine schwere Krankheit beispielsweise, eine Depression, Kommunikationsprobleme, fehlende Vaterfiguren etc. In solchen Krisensituationen öffnet sich für diese Menschen ein Zeitfenster, das höchstens zwei Jahre offen bleibt. In dieser Zeit sind sie empfänglich und suchen nach Antworten, man könnte auch sagen: nach Entlastung. Hier stellt sich nun die Frage, wer diese Krisensituationen erkennen und wer alternative Angebote machen kann. Und wie schon vorhin gesagt, machen die Extremisten bisher die „besseren“ Angebote und erreichen diese Menschen schneller und effizienter. Die empfänglichen, gefährdeten Jugendlichen fühlen sich durch das Angebot der Extremisten emotional entlastet. Das erkennt man unter anderem daran, dass sie sehr abwertend von ihrem früheren Leben sprechen, es als sinnlos, sündhaft und chaotisch bezeichnen. Das Leben nach der Radikalisierung wird hingegen sehr positiv beschrieben – als fühlten sie sich wie neugeboren und hätten endlich ihren Platz in der Gesellschaft gefunden. Die Radikalisierung bringt also eine kurze psychische Entspannung mit sich, dieser Aspekt ist sehr wichtig. Das zweite ist die soziologische Ebene, die Suche nach einer sichtbaren Identität. Was sich oft darin äußert, dass sich radikalisierte Jugendliche als die besseren Menschen sehen, die über die absolute Wahrheit verfügen. Als jene Menschen, die von Gott mehr geliebt werden als andere.

Und die dritte Ebene?

Die dritte Ebene wurde in der europäischen und auch österreichischen Debatte über Radikalisierung bisher teilweise ausgeblendet: nämlich die Verantwortung der Religion. Denn ohne ideologische Grundprinzipien wäre eine Radikalisierung gar nicht möglich. Radikales Gedankengut basiert immer auf islamischen Narrativen, auf die sich Extremisten berufen können. Sie haben mich zuvor gefragt, ob der Islam eine Reform braucht. Was wir brauchen, ist in jedem Fall ein neues Islamverständnis, das ermöglicht, Texte im historischen Kontext zu verstehen; Gott nicht als Staatsanwalt zu sehen, von einer Angstpädagogik wegzukommen. Muslime sollten damit aufhören, sich nur am Jenseits zu orientieren und das Diesseits lediglich als Überbrückung zu betrachten. Das alles ist nicht gerade förderlich für die Integration.

Sie arbeiten seit vielen Jahren mit gefährdeten Jugendlichen. Was meinen Sie: Kann man radikalisierte Jugendliche wieder „entradikalisieren“?

Am Anfang des Prozesses ist das sehr wohl möglich. Die Dschihadisten sind ja nur die Spitze des Eisbergs. Bei ihnen ist es fast unmöglich oder sehr schwer, irgendeine Veränderung herbeizuführen. Dann kommen die Islamisten aller Sorten wie etwa die Muslimbrüder und die Salafisten. Auch hier ist es schwierig, ihre Radikalisierung rückgängig zu machen, da ihre Ideologie schon ziemlich gereift ist und auch schon ihren Alltag bestimmt. Aufgeben dürfen wir sie natürlich dennoch nicht. Aber mit der Mehrheit der Jugendlichen, mit denen ich zu tun hatte, habe ich gute Erfahrungen gemacht, was ihre Aufnahme- und Lernbereitschaft angeht. Sie sind noch formbar, man kann sie erreichen, wenn man ihnen andere Narrative anbietet als die, die sie sonst zu hören bekommen. Daher fordere ich in der Deradikalisierungsarbeit eine Abkehr von einzelnen Projekten, die punktuell teilweise sicher gute Arbeit leisten, ich will nicht verallgemeinern – aber wenn man diese Jugendlichen nachhaltig erreichen und formen will, braucht es flächendeckende Initiativen, die von der Gesellschaft ausgehen müssen, nicht vom Estab-

„Wir müssen als Gesellschaft aktiver werden, vor allem in den sozialen Medien. Denn dort können wir Gegen-Narrative schaffen.“

ishment. Weswegen ich auch beispielsweise die aktuellen Bemühungen des Kronprinzen in Saudi-Arabien nach einem „liberalen Islam“ mit Skepsis verfolge. Von oben herab funktionieren solche Entwicklungen nicht, sie müssen von einer breiten Schicht kommen und unterstützt werden. Und Saudi-Arabien ist immer noch von einer zutiefst patriarchalischen Gesellschaft geprägt, in der Fortschritt eher blockiert als gefördert wird. Wie in vielen anderen muslimisch geprägten Ländern auch – entweder durch religiöse Autoritäten oder durch den Staat selbst.

Ahmad Mansour

ist einer der renommiertesten Islamismusexperten im deutschsprachigen Raum. Seit 2017 ist er Geschäftsführer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention). Als Autor veröffentlichte er unter anderem „Klartext zur Integration – Gegen falsche Toleranz und Panikmache“.

PERSPEKTIVEN INTEGRATION



0 1 2 0 1 7

Heinz Faßmann
Saïda Keller-Messahli
Carla Amina Baghajati
Zekirja Sejdini
Karin Kneissl
Ahmad Mansour



0 4 2 0 1 7

Jörg Baberowski
Franz Lang
Melike Yörsal
Peter Hajek
Reinhard Kreissl
Friedrich Kovar



0 2 2 0 1 7

Mouhanad Khorchide
Ednan Aslan
Lamya Kaddor
Evrim Ersan-Akkilic
Karin Kneissl
Zekirja Sejdini
Abdel-Hakim Ourghi
Jasmin El-Sonbati



0 5 2 0 1 7

Emina Saric
Jasmin El-Sonbati
Karin Kneissl
Naila Chikhi
Waris Dirie
Sibel Öksüz
Elisabeth Tichy-Fisslberger



0 3 2 0 1 7

Kenan Güngör
Berivan Aslan
Birol Kiliç
Efgani Dönmez
Cengiz Günay
Nalan Gündüz



0 6 2 0 1 7

Elham Manea
Ruud Koopmans
David Engels
Boualem Sansal
Gunnar Heinssohn
Necla Kelek
Magnus Norell
Rudolf Bretschneider
und Esther Pauli



07 2017

Wolfgang Mazal
Gottfried Haber
Barbara Kolm
Martin Rhonheimer
Franz Schellhorn
Demetrios G. Papademetriou



03 2018

Ulrich Greiner
Ursula Plassnik
Jan Assmann
Helga Maria Wolf
Gerhard Pfister
Florjan Lipuš
Herwig Hösele



01 2018

Christian Stadler
Michael Wolffsohn
Gudula Walterskirchen
Matthias Beck
Harald Katzmaier
Franz Scharl
Eva Grabherr
David Miller



01 2020

Michael Wolffsohn
Hamed Abdel-Samad
Benjamin Nägele
Danielle Spera
Ludwig Spaenle
Nina Scholz
Raimund Fastenbauer



02 2018

Zana Ramadani
Christian Klar
Andrea Walach
Walter Emberger
Melisa Erkurt
Jasmin El-Sonbati
Düzen Tekkal



02 2020

Lorenzo Vidino
Ebrahim Afsah
Susanne Schröter
Heiko Heinisch
Bassam Tibi
Katherine Brown
Ahmad Mansour

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und Migrant/innen, A-1030 Wien, Schlachthausgasse 30, T +43 (0)1/7101203, mail@integrationsfonds.at;

Verlagsort/Herstellungsort: Wien; Bildnachweise: Armin Muratovic (S. 3), Stanislav Kogiku (S. 4), Kim Vadsk, Kopenhagen (S. 10), figi (S. 20), privat (S. 28), Stanislav Jenis (S. 34), Paul Musso, Hay on Wye Festival (S. 40), pamelahaling (S. 44)

Die Publikationsreihe „Perspektiven Integration“ präsentiert Einschätzungen von anerkannten Expert/innen, um eine fundierte Debatte über aktuelle Themen im Bereich Integration zu fördern. In der vorliegenden Ausgabe setzen sich sieben Expert/innen mit dem Thema „Politischer Islam“ auseinander.

***Im Gespräch mit Köksal Baltacı
(„Die Presse“)***

Lorenzo Vidino ist Programmdirektor für Extremismus an der George Washington University und einer der angesehensten Experten im Themenbereich Islamismus in Europa und Nordafrika. Zudem ist er Autor von „The New Muslim Brotherhood in the West: Evolution and Western policies“ und „The Closed Circle: Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West“.

Ebrahim Afsah ist Professor für Rechtswesen und Ethik im Islam am Institut für Islamisch-theologische Studien und am Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung der Universität Wien sowie Assoziierter Professor für Völkerrecht an der Universität Kopenhagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Islamisches Recht sowie Rechts- und Verwaltungsreform in Räumen fragiler Staatlichkeit.

Susanne Schröter gründete 2014 das „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“ (FFGI) und ist seitdem Direktorin der Einrichtung. Sie ist Professorin am Institut für Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorstandsmitglied des „Deutschen Orient-Instituts“ und des „Hessischen Forums Religion und Gesellschaft“ sowie Senatsmitglied der „Deutschen Nationalstiftung“. Zu ihren Publikationen zählen unter anderem „Politischer Islam. Stresstest für Deutschland“ und „Herausforderungen im Umgang mit Parallelgesellschaften. Grundlagenanalyse zur Situation in Österreich im europäischen Vergleich“.

Heiko Heinisch ist Historiker und Autor in Österreich. Nach seinem Studium der Geschichte war er als freier Mitarbeiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für historische Sozialwissenschaft und des Instituts für Islamische Studien der Universität Wien tätig. Seine Forschungsschwerpunkte erstrecken sich von Antisemitismus bis hin zu Islam und Integration.

Bassam Tibi gilt als einer der international bekanntesten Islamexperten und ist Begründer des Begriffs „Euro-Islam“ sowie der Wissenschaft der historisch-sozialwissenschaftlichen Islamologie als Analyse des postbipolaren Konflikts. Er wurde in Syrien geboren und ging für sein Studium nach Deutschland. Er lehrte u. a. an der Universität Göttingen, Yale und Harvard University. Zudem ist er Autor zahlreicher Bücher und wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, dem Jahrespreis der Schweizer Stiftung für Abendländische Besinnung sowie dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse ausgezeichnet.

Katherine Brown ist Leiterin des Departments für Theologie und Religion an der University of Birmingham. Sie gilt als Expertin für weibliche Radikalisierung. Zuvor war sie als Vortragende am Institut für Verteidigungsstudien des Londoner King's College tätig und beschäftigte sich mit politischem Islam und islamistischem Terrorismus.

Ahmad Mansour ist einer der renommiertesten Islamismusexperten im deutschsprachigen Raum. Seit 2017 ist er Geschäftsführer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention). Als Autor veröffentlichte er unter anderem „Klartext zur Integration – Gegen falsche Toleranz und Panikmache“.